Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.20 Mark, vierteljährlich 3.60 Mark, durch die Post 3.00 Mark ausschließlich Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4669.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Einundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werden die 7gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum mit 30 Pfg. berechnet und in unseren Annahmestellen und allen Anzeigen-Geschäften angenommen. Reklamen die Zeile 1 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme vormittags 11 Uhr, für die Sonntagsnummer abends 6 Uhr. Abbestellungen von Anzeigenaufträgen, soweit solche zulässig sind, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S. Erscheint täglich zweimal Sonntags einmal Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17. Neben-Geschäftsstelle Markt Nr. 24.

Nr. 479. Halle, Freitag, den 12. Oktober 1917.

Geht Herr von Capelle?

Der Nachtragsetat genehmigt.

Die Krise dauert fort.

Berlin, 11. Oktober.

Der ruhige Verlauf des gestrigen Sitzungstages und die günstige Aufnahme, die der Kriegsminister v. Stein gestern mit seiner kurzen Rede über die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts erzielt hat, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die von uns gestern gekennzeichnete trisenhafte Lageinnoller Schärfe andauert. Die Ursachen der Krise bestehen fort.

In parlamentarischen Kreisen wird angenommen, daß die Lösung der Situation erst gegen Ende dieses Monats erfolgen wird. Zu dieser Zeit wird die endgültige Entscheidung über das Schicksal der Regierung Michaelis fallen.

Die interfraktionellen Besprechungen am gestrigen Nachmittage, an denen die Vertreter aller Mehrheitsparteien, auch der nationalliberalen, teilnahmen, haben allerdings zu keinem formellen Beschlusse geführt, doch dürfte eine Fortsetzung dieser Besprechungen gar nicht mehr notwendig sein. Auf der Rechten und vielleicht auch bei einzelnen Regierungsstellen scheint man gehofft zu haben, daß, da die andern Mehrheitsparteien sich von der sozialdemokratischen Fraktion bei der Abstimmung über das Mißtrauensvotum getrennt hatten, die alte Mehrheit auseinandergefallen sei. Die Tatsache jedoch, daß die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion an der gestrigen interfraktionellen Besprechung teilgenommen und ihre volle Uebereinstimmung mit den von den Vertretern der anderen Fraktionen dargelegten Anschauungen ausgesprochen haben, dürfte auch diejenigen über die wahre Sachlage aufklären, die sich durch die Rede des Abgeordneten Ebert nicht überzeugen lassen wollten, daß die sozialdemokratische Fraktion in den schärfsten Kampf gegen die Regierung Michaelis' eingetreten ist. In parlamentarischen Kreisen wird aus dieser Rede sogar geschlossen, daß die sozialdemokratische Fraktion vor ihrer Zustimmung zu neuen Kriegskrediten den Rücktritt des Kanzlers fordern wird.

*

Staatssekretär v. Capelle amtsmüde?

Berlin, 11. Oktober. In parlamentarischen Kreisen verlautet mit größter Bestimmtheit, daß der Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Capelle infolge der bekannten Vorgänge im Reichstage sein Abschiedsgesuch einreichen werde.

Wir würden den Staatssekretär, dessen Sündenregister mit der ungeschickten Sensationsaufmachung seiner „Enthüllungen", die Deutschland geschadet und dem Auslande das größte Vergnügen bereitet haben, lange nicht erschöpft ist, ohne Bedauern scheiden sehen. Aber es ist vollkommen irrig, wenn die „Voss. Ztg." seine Aktion in Gegensatz zu der Auffassung des Reichskanzlers bringen will. Der Reichskanzler hat ja selbst im voraus auf die Enthüllungen des Herrn v. Capelle hingewiesen und damit bekundet, daß er den Inhalt der Erklärungen des Marine-Staatssekretärs kannte und billigte.

Nach der „Voss. Ztg." stehen die Beschuldigungen, die Herr v. Capelle in der vorgestrigen Reichstagssitzung gegen drei Mitglieder der unabhängigen sozialdemokratischen Partei erhoben hat, im Gegensatze zu der dem Staatssekretär wohlbekannten Auffassung des Reichskanzlers. Das Blatt glaubt zu wissen, daß Admiral v. Capelle die Konsequenzen aus diesem Widerspruche seiner Darlegungen zur Auffassung des Reichskanzlers ziehen wird.

*

Herr v. Payer beim Reichskanzler.

Der Reichskanzler empfing gestern abend den Abgeordneten v. Payer, der ihm die Stimmung innerhalb des Reichstags ungeschminkt darstellte. In sozialdemokratischen Kreisen hält man es noch immer für ausgeschlossen, daß der Reichskanzler im Amte bleibt. In den Kreisen der Mehrheitsparteien glaubt man, daß die kritische Situation am einfachsten durch ein Ausscheiden des Staatssekretärs des Reichsmarineamts v. Capelle entlastet werden würde.

Die Fraktionsführer waren heute zu einer interfraktionellen Besprechung eingeladen.

*

Die Stellung der Nationalliberalen und der Sozialdemokraten.

Die linksnationalliberale Berliner „Börsenzeitung" schreibt: „Wir haben es bereits gestern gesagt, daß neben der Sitzung noch politische Wetterzeichen sich im Hause bemerkbar machten, die mit den Dienstag-Ereignissen im Zusammenhange stehen. Die nationalliberale Partei wird, enger als bisher vielleicht, sich hierin der Mehrheit der Reichstagsanschließen, so daß nunmehr von einer in der Tat überwiegenden Majorität gesprochen werden kann. Wir wollen Entschließungen nicht vorgreifen, — aber große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus."

Der „Vorwärts" spricht in seinem „Der schlechtberatene Kaiser" überschriebenen Leitartikel die Forderung der sozialdemokratischen Fraktion offen aus. Er erzählt zunächst, daß nach dem Sturze Bethmanns dem Kaiser aus seiner Umgebung Tirpitz oder Bülow als Nachfolger vorgeschlagen sei, daß der Kaiser aber in dem richtigen Empfinden, daß sie politisch ganz unmöglich seien, beide abgelehnt habe. Die anonymen Ratgeber, sagt das Blatt weiter, sahen nun ein, daß markante Persönlichkeiten nach ihrem Geschmacke keine Aussicht hatten und schoben statt der beiden allzu beschriebenen Blätter ein ganz unbeschriebenes vor. Der Kaiser akzeptierte den ihm sehr wenig bekannten Dr. Michaelis, weil er — man darf es wohl aussprechen — in seinem engeren Bekanntenkreise keinen geeigneteren Mann fand ... In dem Augenblicke, in dem Herr Michaelis nicht mehr Reichskanzler sein wird, wird er keinen Feind haben ... Man wird nicht vergessen, daß sich Herr Michaelis in einem engeren Pflichtenkreise als tüchtiger Mann erwiesen hat. Das Blatt stellt nun die Forderung auf, daß Michaelis durch einen geeigneten Nachfolger ersetzt werden muß und meint: „Der Fall Michaelis hat gezeigt, daß es nach dem bisherigen Verfahren der Kanzler-Ernennung nicht geht." Es müsse künftig der Rat der Volksvertretung bei der Kanzlerwahl eingeholt werden. Der Kaiser befinde sich in einem Irrtum, wenn er glaube, daß der Reichstag mit der bisherigen Art der Kanzler-Ernennung einverstanden sei. An diesem verhängnisvollen Irrtum trage der Reichstag durch seine Verantwortungslosen und Zaghaftigkeit ein großes Stück Mitschuld.

*

Die Wirkung im Auslande.

Zürich, 11. Oktober. Die „Neuen Zürcher Nachrichten" meinen, daß die **Enthüllungen des Staatssekretärs der Marine eine gewaltige Kriegsermunterung für den Verband bilden und sich wie ein zerstörender Reif auf die hoffnungsvollen Friedensbemühungen der letzten Zeit legen werden.**

*

Der Eindruck der Rede v. Kühlmanns.

Berlin, 11. Oktober. Die Reichstagsdebatte über die auswärtige Politik hat, wie die „B. Z." schreibt, gezeigt, daß der neue Staatssekretär des Auswärtigen Amtes auf allen Seiten Verständnis für seine Bemühungen findet, eine den Friedensverhandlungen günstige Atmosphäre zu schaffen. Es herrschte das offensichtliche Bestreben, ihm seine bevorstehende Arbeit nicht zu erschweren, und es scheint, daß er den Ruf seiner Gewandtheit in den Augen des ganzen Hauses gesteigert hat.

In der rechtsstehenden und alldeutschen Presse gegen Herrn v. Kühlmann wird weiter gekämpft. Die „Kreuz-Zeitung" schreibt:

„Die Behandlung der auswärtigen Politik in der gestrigen Reichstagssitzung hat uns die beklagenswerte Tatsache erkennen lassen, daß die Regierung sich immer vollkommener dem Entsagungsprogramm der Reichstagsmehrheit angepaßt hat. Das scheint gutenteils auch unter dem Einflusse des Staatssekretärs v. Kühlmann geschehen zu sein."

Die alldeutsche „Deutsche Zeitung" betitelt ihren Leitartikel: „Der Fackeltanz vor Herrn v. Kühlmann" und spricht von der „grenzenlosen Eitelkeit" des Staatssekretärs.

Dagegen sagt das Berliner Zentrumsorgan, die „Germania", in Uebereinstimmung mit fast allen Blättern der Linken: „Schon bei seiner ersten Rede hat Herr v. Kühlmann den erfahrenen Staatsmann verraten. Er scheint wirklich diejenige Persönlichkeit zu sein, die das deutsche Vaterland zur Stunde braucht."

Köln, 11. Oktober. Die „Köln. Ztg." erfährt von der Schweizer Grenze: Zur Dienstagsitzung des Reichstags sagt die „Basler Nationalzeitung", der Reichskanzler schlage der berühmten Friedensresolution des Reichstags gegenüber eine nicht ungeschickte Taktik ein. Staatssekretär v. Kühlmann habe sich unleugbar als beachtenswerte und moderne Persönlichkeit präsentiert. Er spreche mehr als ein Politiker, denn als Militär, und das lasse seine Rede als Fortschritt gegen früher erscheinen. Das Friedenshindernis liege hauptsächlich darin, daß der Verband, wie er sich jetzt gebildet habe, einen offenbaren Eroberungskrieg führe und daß es nichts zu erobern gäbe. Anschließend sagt das Blatt, die Rede Kühlmanns habe die Lage ein wenig geklärt, jedoch keine vollkommene Klarheit geschaffen und dem Frieden nicht gedient.

Kopenhagen, 11. Oktober. Bei Beurteilung der gestrigen Interpellationsdebatte des Reichstags ist die hiesige Presse der Ansicht, daß die Rede v. Kühlmanns einen günstigen Eindruck erweckt habe. Dagegen hätten die Enthüllungen v. Capelles hier auf die Außenpolitik in wenig günstiger Weise gewirkt.

WTB. **Berlin, 11. Oktober. Der Reichstag hat den Nachtragsetat gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen angenommen.**

Der amtliche deutsche Heeresbericht vom Abend.

WTB. **Berlin, 11. Okt. abends. (Amtlich.)**
Keine größeren Kampfhandlungen.

Der amtliche österreichisch-ungarische Heeresbericht.

WTB. **Wien, 11. Oktober. Amtlich wird verlautbart: Auf keinem Kriegsschauplatze größere Kampfhandlungen.**

Der Chef des Generalstabes.

Weitere vergebliche feindliche Angriffe. — Französische Stellungen im Chaume-Walde genommen.

WTB. **Berlin, 11. Okt. Das Kampffeld in Flandern, das in den wiederholten gewaltigen Angriffen der Engländer viele Hunderttausende vergeblich gegen die deutsche Front anrennen sah, lag nach dem letzten Großkampftage am 9. Okt. dauernd unter lebhaftem Artilleriefeuer, das sich vom Nachmittage des 10. Okt. an an der Küste und zwischen Blankersee und Poelkapelle zu großer Stärke steigerte. Gegen 6 Uhr abends ging das starke Zerstörungsfeuer in Gegend Draaibank und nördlich des Houthoulster-Waldes in Trommelfeuer über und dehnte sich bis in Gegend Poelkapelle aus. Unter gleichzeitiger Einnebelung unserer dortigen Stellungen erfolgte ein starker erneuter französischer Angriff beiderseits Draaibank und zugleich der Vorstoß einer feindlichen großen Patrouille an der Bahn Boesinghe—Staden. Unter starken blutigen Verlusten wurden die Angriffe restlos abgewiesen, während unsere Stoßtrupps ein südlich der Bahn Ypern-Roulers vom 9. Oktober verbliebenes Engländernest trotz stärkster feindlicher Artilleriegegenwirkung zum größten Teil säuberten.**

Im Artois und in der Gegend St. Quentin und an der Aisne steigerte sich zeitweise die Feuertätigkeit, die besonders in Gegend Fort Malmaison und am Chemin-des-Dames größere Stärke annahm und erst nachts abflaute.

Auf dem Ostufer der Maas drangen wir bei Tagesanbruch in 700 Meter Breite und 300 Meter Tiefe in die französischen Stellungen im Chaume-Walde ein und hielten die neugewonnenen Gräben gegen mehrfach wiederholte starke Gegenangriffe des Feindes. Bisher wurden 8 Offiziere, 115 Mann und zwei Maschinengewehre eingebracht. Die blutigen Verluste des Feindes sind schwer. Infolge dieser Unternehmung blieb das Feuer tagsüber und während der Nacht lebhaft und griff zeitweise auf die benachbarten Abschnitte über. Gegen 8 Uhr abends gelang es uns, auch am Nordhange der Höhe 344 ein weiteres feindliches Grabenstück zu nehmen und Gefangene einzubringen.

Im Osten bis zum Karpathen-Vorlande war die Feuertätigkeit an einzelnen Stellen vorübergehend lebhaft.

Am unteren Sereth hielt tagsüber rege beiderseitige Artillerietätigkeit bis zum späten Abend an. Westlich Tulcea wurde bei Pardes eine in der Morgendämmerung des 10. Oktober über die Donau geführte feindliche Abteilung durch Feuer vertrieben.

In Mazedonien steigerte sich zwischen Ochrida- und Prespa-See an verschiedenen Stellen die feindliche Feuertätigkeit. Am Dobropolje und südwestlich Belgrad wurden feindliche Patrouillen abgewiesen, während deutsche und bulgarische Stoßtrupps westlich Makowo und Koruna Gefangene aus den feindlichen Stellungen einbrachten.

Eine Geheimsitzung in Bordeaux.

Die Erörterung der Bündnisverpflichtungen Frankreichs.

Genf, 11. Oktober. Die Beratungen des sozialistischen Kongresses in Bordeaux wurden am Montag nachmittag für geheim erklärt, um die Bündnisverpflichtungen Frankreichs gegenüber den Alliierten und die parlamentarisch nicht genehmigten Staatsverträge des Präsidenten mit den Verbündeten zu erörtern.

Der Abbruch der Beziehungen Uruguays zu Deutschland.

WTB. Berlin, 11. Oktober. Der Geschäftsträger der Republik Uruguay teilte dem Auswärtigen Amte auftragsgemäß ein Dekret seiner Regierung mit, worin die Beziehungen zum Deutschen Reiche ohne Angabe von Gründen als abgebrochen erklärt werden. Zugleich bat er um die Aushändigung seiner Pässe.

(Letzte Depeschen siehe auch Seite 4.)

Eine Erklärung der neuen russischen Regierung.

Petersburg, 10. Oktober. (P. T.-A.) Die neugebildete Regierung veröffentlicht eine Erklärung, in der es heißt:

Neue Unruhen sind im Innern unseres Landes ausgebrochen infolge der Bewegung Korniloms. Der Wind der Anarchie weht durch das Land. Der Druck des

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19171012010/fragment/page=0001

äußeren Feindes wächst. Die gegenrevolutionären Elemente erheben ihr Haupt. Es ist eine außerordentlich große Verantwortung vor dem Volke, die auf der Vorläufigen Regierung ruht; sie wird erleichtert durch den tiefen Glauben, daß die Vertreter aller Schichten des russischen Volkes ihre gemeinsamen Aufgaben verstehen werden, die Regierung zu unterstützen und ihre Macht zu stärken.

Indem sie der verfassunggebenden Versammlung die endgültige Lösung all der großen Fragen überläßt, von denen das Gedeihen des Volkes abhängt, ist die neugebildete Vorläufige Regierung der Ansicht, daß nur durch beharrliche Arbeit den grundlegenden Erfordernissen des Volkes Genüge geleistet werden kann. Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß allein der allgemeine Frieden es unserem großen Vaterlande ermöglichen wird, all seine schöpferischen Kräfte zu entfalten, wird die Regierung den Abschluß eines allgemeinen Friedens erstreben unter Ausschluß jeder Vergewaltigung. In vollem Einvernehmen mit den Verbündeten wird die Regierung in allernächster Zeit an einer Zusammenkunft der alliierten Mächte teilnehmen, auf der zugleich mit der Lösung der Fragen des gemeinsamen Krieges der Verbündeten unsere Vertreter sich mit den Verbündeten auf der Grundlage der von der russischen Revolution verkündeten Grundsätze zu verständigen suchen werden. Die Regierung wird alle ihre Kräfte anwenden, um die gemeinsame Sache der Verbündeten zu unterstützen, das Land zu verteidigen und energisch jede Unterstützung der Eroberung des Bodens anderer Nationen und jeden Versuch, Rußland den Willen eines anderen aufzuzwingen, entgegenzutreten, und sie wird sich bemühen, die feindlichen Truppen aus Rußland zu verjagen. (!!)

Was die Wiederherstellung der Kampffähigkeit der Armee betrifft, so wird die Regierung den einzigen Weg der demokratischen Grundsätze verfolgen, wie sie der vom Kriegsminister im Namen der Regierung veröffentlichte Tagesbefehl des Oberkommandierenden verkündet. Kommandostellen, deren technische Fähigkeiten für Anforderungen des modernen Krieges gewachsen sein müssen, und die gleichzeitig der Republik Ergebenheit entgegenbringen müssen, ebenso die enge Zusammenarbeit der Kommandostellen mit den Militär- und Marineverbänden sowohl an der Front wie im Hinterlande werden die Grundlage der Wiederherstellung des Heeres bilden.

Diese Maßnahmen werden die notwendige militärische Disziplin wiederherstellen, ohne die eine starke Armee nicht bestehen kann. Die Erklärung entwickelt weiter das militärische und bürgerliche Problem der Regierung, insbesondere die Herabsetzung der Effektivbestände hinter der Front durch Entlassung der älteren Soldaten, die nur die Armeekasse belasten und die in ihren Dörfern viel nützlicher sein können, um die wirtschaftliche Desorganisation zu vermindern. Die Regierung wird die Preise für die Artikel des notwendigen Lebensbedarfs festsetzen, die Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital regeln und die Verteilung der Lebensmittel fördern und durch genossenschaftliche und industrielle Erzeugung ergiebiger zu gestalten suchen. Die Regierung wird die Entwicklung der Einrichtung der Arbeitsbörsen und der gewerblichen Schiedsgerichte betreiben und Maßnahmen zur allmählichen wirtschaftlichen Abrüstung vorbereiten, um dem unvermeidlichen Stillstande der Arbeit vorzubeugen. — Was die Agrarfrage anbelangt, ist die Regierung der Ansicht, daß die Beziehungen der Grundeigentümer und der Bauern hinsichtlich des Besitzes von Ländereien von landwirtschaftlichen Ausschüssen geregelt werden können, die, ohne die gegenwärtigen Besitzverhältnisse anzutasten, sich mit der Ausbeutung der Ländereien befassen können. — Auf dem Gebiete der Finanzen plant die Regierung eine Erbschaftsteuer, eine stufenweise Steuer auf Gewinne und Steuer für Luxuswaren, besonders Steuern für Immobilien, Vermehrung aller indirekten Steuern und Einführung mehrerer Monopole, sowie schließlich strengste Sparsamkeit in allen Ausgaben des Staates. Die Regierung wird weiter die Entwickelung der demokratischen Einrichtungen auf der Grundlage örtlicher Selbstverwaltung unter der Aufsicht von Regierungskommissaren fortsetzen. Die Regierung wird allen Nationalitäten das Recht zugestehen, auf den Grundlagen, welche die verfassunggebende Versammlung ausarbeiten wird, über ihre Zukunft zu bestimmen, und wird deshalb einen besonderen Rat für nationale Angelegenheiten wählen, um deren Festsetzung durch die verfassunggebende Versammlung zu erleichtern. Wenn die Regierung sich alle diese Probleme stellt, so begreift sie wohl, daß sie sie in dem kurzen Zeitraume bis zur verfassunggebenden Versammlung nicht wird sämtlich lösen können. Aber die Regierung kann nur unter der Bedingung an ihre Ausführung herantreten, daß sie auf die einhellige Mitwirkung der ganzen Nation rechnen darf. Zu diesem Zwecke und namentlich um eine enge Verbindung zwischen der revolutionären Gewalt und der organisierten Kraft des Landes zu sichern, wird die Regierung die Satzungen eines vorläufigen Rats der russischen Republik ausarbeiten und sie bald veröffentlichen, der bis zur verfassunggebenden Versammlung sein Amt ausüben soll und in welchem alle Bevölkerungsklassen vertreten sein werden. Die Erklärung schließt mit einem Aufrufe an die ganze Nation, sich einig um die Regierung zu scharen, um mit ihr an der Verwirklichung der gegenwärtigen Grundprobleme mitzuwirken, an der Verteidigung des Landes, Wiederherstellung der Ordnung und an der Einberufung der verfassunggebenden Versammlung.

Auflands Zerfall.

c. B. **Stockholm**, 11. Oktober. Im Lande mehren sich die Auflösungssymptome. Der Eisenbahnerstreik beginnt auch die Frontversorgung zu gefährden. An der Südwestfront sind massenhaft Eisenbahnbeamte verschwunden; sie wurden von Soldaten festgenommen und in den Schützengraben gebracht. Die Eisenbahner beabsichtigen darum auch die Armeetransporte einzustellen. Nach dem Berichte des Kommissariats für die Südwestfront ergießt sich eine neue bolschewikische Welle über die Front. Die dem Offizierkorps drohende Gefahr wächst täglich. Nach einer Agenturmeldung hausen in Bessarabien Räuberbanden. In den Bezirken Zorock und Orgojew ist die Lage besonders ernst; es werden Judenpogrome vorbereitet.

c. B. **Zürich**, 11. Oktober. Dem „Berner Tagblatt" zufolge meldet „Rußkaja Wolja" aus dem russischen Hauptquartier, daß von der Front Nachrichten einlaufen, wonach die Unruhen unter den Soldaten zunehmen, die infolge der täglich wachsenden Kriegsmüdigkeit und der nagenden Kälte sowie wegen Proviantmangels und des völligen Fehlens warmer Kleidung hervorgerufen wird. Das Blatt schreibt: „In der gesamten Armee machen sich ernste Anzeichen eines erneuten ungünstigen Stimmungsumschwungs geltend. Der bevorstehende Winter erregt große Nervosität bei den Soldaten und auch die Lage erregt höchste Besorgnis."

*

Die Ukraine verlangt Friedensverhandlungen.

c. B. **Zürich**, 11. Oktober. Das ukrainische Pressebureau meldet aus Petersburg: In der demokratischen Konferenz verlangten die ukrainischen Delegierten die Ausschließung der Bürgerlichen von der Regierung und den sofortigen Beginn der Friedensverhandlungen.

*

Entlassung der älteren Jahrgänge.

c. B. **Zürich**, 11. Oktober. Das ukrainische Pressebureau in der Schweiz meldet: Die russische Regierung hat beschlossen, alle Soldaten im Alter von 40 Jahren und darüber zu demobilisieren und im November auch die Soldaten von 36 bis 40 Jahren zu entlassen.

*

Die Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung.

c. B. **Petersburg**, 11. Oktober. Der Regierungsanzeiger veröffentlicht die Wahlordnung für Armee und Flotte für die Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung, welche für die Fronten sämtl Wahlbezirke vorsieht, nämlich Westfront, Südwestfront, rumänische Front, Kaukasusfront, Nordfront einschließlich Truppen in Finnland, ferner zwei Wahlbezirke für die russischen Truppen in Frankreich und auf der Balkan-Halbinsel; die Marine wird in zwei Wahlbezirke, Ostsee und Schwarzes Meer, eingeteilt. Im übrigen Rußland nehmen Militärpersonen in gleicher Weise an den Wahlen teil wie die anderen Bürger.

*

Finnland.

Petersburg, 11. Oktober. (P. T.-A.) In der Sitzung der juristischen Kommission bei der vorläufigen Regierung wurden die durch die juristische Kommission des finnischen Senats ausgearbeiteten Gesetzentwürfe über die Form der republikanischen Regierung Finnlands besprochen. Die Regierung soll die Absicht haben, die genannten Kommissionen zu vereinigen, um die Einzelheiten der Vorschläge auszuarbeiten.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Die Folgen der Entweichung von „U 293" in Spanien.

c. B. **Genf**, 11. Oktober. Die Mitglieder des technischen Ausschusses, der das entwichene deutsche U-Boot „U 293" vor der Internierung in Cadix untersuchte, wurden sämtlich abgesetzt. Der Kommandant des Arsenals, der Oberbefehlshaber des Cadiner Seebezirks und der kommandierende General werden vor ein Kriegsgericht gestellt. Der Minister des Aeußern Marquis de Lema erklärte, die Beilegung des Zwischenfalls könne nach den energischen Maßregeln der Regierung keine großen Schwierigkeiten mehr bereiten. Es handle sich um einen der zahlreichen Zwischenfälle, die der Krieg mit sich bringe. Ministerpräsident Dato lehnte jede Unterredung ab und empfahl der Presse die größte Zurückhaltung.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 11. Oktober.

Am Bundesratstisch Dr. Helfferich, Graf Roedern, Wallraf.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 35 Min. Zur dritten Lesung des Gesetzentwurfes über die

Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte

empfiehlt Abg Bell (Zentrum) einen Antrag auf anderweitige Staffelung der Beihilfen an die Reedereien.

Abg. **Herzfeld** (Unabh. Soz.): Wir stimmen dieser Liebesgabe an die Unternehmer auf Kosten der Arbeiterschaft, des vom Reichskanzler geächteten Proletariats, nicht zu.

Abg. **Emmel** (Soz.): Mit dem angestrebten Zweck des Gesetzes sind wir einverstanden, solange aber nicht die Entschädigung aller sonst durch den Krieg Geschädigten feststeht, können wir dem weitgehenden Entwurf nicht zustimmen, sofern nicht unser Antrag angenommen wird, den Friedenswert der verlorenen Schiffe zu ersetzen, das übrige als Darlehen zu gewähren.

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt. Das Gesetz wird mit dem Antrag Bell gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion angenommen.

Staatssekretär **Dr. Helfferich**: Mit dem verabschiedeten Gesetz ist ein starker Grundstein für Deutschlands Wiederaufbau nach dem Kriege gelegt worden. Das Gesetz dient nicht zum Vorteil einzelner Klassen, sondern zum Wohle des ganzen Volkes. So groß auch die unmittelbare materielle Bedeutung der Vorlage ist, so ist sie doch ein Symbol, da das Volk mitten im Kriege bereit und entschlossen ist, nicht nur zum Kampf gegen den Feind, sondern auch zu friedlicher Arbeit. (Lebhafter Beifall).

Es folgt die

dritte Lesung des Nachtragsetats.

Abg. **Ledebour** (U. S.). Die Vorlage ist gefährlich für das deutsche Reich. Vorgestern zeigte sich, daß der Reichskanzler Michaelis nach Fähigkeit und Charakter ungeeignet für das Amt ist. (Präsident Dr. Kaempf ruft den Redner zur Ordnung). Das Material des Reichskanzlers und des Staatssekretärs von Capelle reicht zu einer Anklage gegen meine Parteifreunde nicht aus. Während der Reichsanwalt die Erhebung der Anklage abgelehnt hat, stellt der Reichskanzler es so dar, als ob nicht nur Anklage erhoben wäre, sondern auch eine riesige Schuld erwiesen sei. Es war wie im Waldeck-Prozeß, wo der Staatsanwalt meinte, es sei ein Bubenstreich begonnen, um einen Mann zu verderben. Das trifft auf Michaelis ebenfalls zu. Präsident Dr. Kaempf ruft den Abg. Ledebour zur Ordnung und macht ihn auf die Folgen eines dritten Ordnungsrufes aufmerksam. (Lärm, Pfuirufe, Rufe links: Sie sind unmöglich, danken Sie ab). Abg. Ledebour bevorwortet sodann die Entschließung, betreffend den Aufklärungsdienst im Heere.

Abg. **David** (Soz.): Die Dreiteilung des Reisamts des Innern muß kommen. Wir fordern die Schaffung eines Reichs-Arbeitsamtes. Der jetzige Aufklärungsdienst muß abgeschafft werden.

Nach kurzen Ausführungen des Abg. Stadthagen wird der Nachtragsetat gegen die beiden sozialdemokratischen Fraktionen angenommen und die Entschließung der unabhängigen Sozialdemokraten abgelehnt.

Die kleine Clauß.

Roman von **Clara Paust.**

32. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Ich arbeite. Und mehr kann ich nicht tun."

„Doch! Du kannst die Augen offen halten."

Die Tochter lachte gezwungen. „Das tue ich doch."

Frau Clauß lachte. Es klang spröde und schrill zugleich. „Ja, du arbeitest. Setzt dich zu dem alten Manne und machst ihm seine Arbeit. Und zum Danke dafür verlierst du deinen Platz, der dir schon beinahe fest gehörte."

„Der bleibt mir immer."

„Der, den ich meine, nicht."

Marianne dachte nicht weiter darüber nach, was ihre Mutter meinen könnte. Sie verstanden sich öfters nicht, die beiden. Und die Tochter überging mit Stillschweigen die Reden der Mutter, die ihr oft unerklärlich waren.

Aber sie dachte an das, was ihr Oberländer angeboten hatte, als sie lange nach Mitternacht auf dem Stuhle vor ihrem Bette saß und sich leise und vorsichtig, um die Mutter nicht zu stören, entkleidete. Sie lag dann noch lange im Bette, den schmerzenden, angestrengten Kopf in die Hand gestützt. „Es wäre schön, zu schön. In Leipzig eine hübsche Halbetage, in der ich mit Mutter wohnen könnte. Ein Zimmer davon würde ich mir zum Kontor einrichten; ich würde darin arbeiten, ganz allein. Er würde ein angenehmer Chef sein."

Sie ließ den aufgestützten Arm sinken und den Kopf hintenüber fallen. Sie dachte an Ohlschütz. Das lockende Bild zerrann. Sie würde ihn nicht verlassen, sie würde nie von hier weggehen. . . .

„Kennen Sie Oberländers Regenschirm?" fragte sie am nächsten Morgen Bertold, als sie die Post durchsah. „Er hat ihn im Zuge stehen lassen, und ich soll mich danach umtun."

Bertold beschrieb den Schirm ziemlich genau.

„Was man nicht alles als Privatsekretärin lernt", sagte sie, als sie den Brief, der an das Eisenbahn-Fundbureau nach Dresden gerichtet war, adressierte.

„Ich hätte nicht gedacht, daß sich Oberländer dermaßen um einen Schirm haben würde", meinte Bertold. „Was hat bloß mein alter Herr schon für Schirme verloren oder stehen gelassen!"

„Wenn Sie sagen: silberner Griff und starre Seide . . . vielleicht ist es ein wertvoller Schirm. Oder es ist ein Geschenk! Vielleicht hat ihn seine Frau gekauft."

„Dann allerdings", sagte Bertold ein wenig anzüglich.

Schon zwei Tage später war der Schirm in Mariannes Wohnung abgegeben worden. „Ich muß Ihnen den Schirm zeigen", sagte sie zu Bertold. „Sie haben ihn ziemlich genau im Gedächtnisse gehabt. Was hat er für einen Weg gemacht!" Sie lachte und freute sich. Sie war dankbar für jede Kleinigkeit, die etwas Abwechselung in ihr eintöniges Leben brachte.

„Ich weiß nicht", — Bertold schüttelte den Kopf, als er ihn betrachtete — „der Schirm kommt mir so vertraut vor, so bekannt." . . .

Später brachte Albin Rupf, der Uebereifrige, die von Bertold verlangten Rechnungsbelege. „Sowas", sagte er. „Das ist der Schirm von Herrn Ohlschütz!"

„Natürlich." Bertold ging plötzlich ein Licht auf. „Jetzt sehe ich es auch."

Albin hatte den Schirm schon in der Hand.

Bertold langte nach dem Taschenmesser. „Ich will mal erst noch den Wisch abschneiden, der daran hängt!"

„Das besorg' ich schon!" Albin war heilfroh, daß er dem Chef etwas bringen durfte. Er schleppte den Schirm hinüber in die Fabrik und suchte, ihn unterm Arme, nach dem Chef. Dann, als er ihn nicht fand, ging er hinüber in die Wohnung und lieferte ihn zögernd an Frau Senta aus. Während er langsam und gedankenvoll die Treppe hinabstieg, gestand er sich tröstend, daß der Chef heute geradezu unauffindbar gewesen sei. Er wenigstens hatte getan, was er konnte. Und den Zettel hatte er hübsch daran gelassen; der konnte etwas zu bedeuten haben. —

Frik Ohlschütz sah seine Hausdame erstaunt an. Nein, er wußte nicht, was sie wollte. Er verstand sie nicht. Den Regenschirm da, den hatte er Oberländer geliehen. Vorige Woche, als der verreisen wollte, hatte er ihm ihm geradezu aufgedrängt. So wußte es Frau Senta auch. Sie hatte ihn ja heruntergeschickt.

„Aber hier". — sie hielt Ohlschütz den Zettel vom Fundbureau vor das Gesicht — „da steht ja der Name von Fräulein Clauß." . . .

„I wo!" Ohlschütz verlor erst jetzt etwas von seiner Ruhe. Er setzte sich aufrechter in seinem Stuhle und nahm die Zigarre aus dem Munde. Und er griff mit der frei gewordenen Rechten nach dem ominösen Zettel und schob mit der Linken den Kneifer zurecht. Und er studierte sorgfältig, was da geschrieben stand, und wiederholte ungläubig: „I wo. . . . Wie käme denn sie dazu!"

Der Tonfall, in dem er sprach, und daß er „sie" gebrauchte, wo sie „die" erwartet hatte, erbitterten die aufgeregte Frau. Gut, daß sie sich schon vorhin über den Zusammenhang klar geworden war, denn er vermochte sich natürlich nichts dabei zu denken. Und sie ließ sich etwas hastig nieder und sagte ihm, was sie dachte, beinahe wußte.

Er schüttelte zu allem den Kopf. Was sie ihm da erzählte, war ja alles Unsinn. Ja, das war es. Er gebrauchte das despektierliche Wort, und sie überhörte es im Eifer, ihn zu überzeugen. Aber das gelang ihr nicht. Er blieb bei seinem Kopfschütteln. Er schüttelte noch den Kopf, als sie ihn bereits verlassen hatte. Dieses hübsche junge Mädel, vor dem er die höchste Achtung hatte, dieses feine Geschöpf würde mit dem Alten da . . . Und wenn auch. Schließlich durfte sie mit solch altem Manne wohl mal Sonntags wohin gehen. Gerade mit diesem Manne, der ja dem Alter nach beinahe ihr Großvater sein könnte, vergab sie sich nichts. Das war immer noch besser, als wenn sie solch jungen Fant zum Freunde hätte. Der Ausdruck Freund erschien ihm nicht passend, aber er fand keinen anderen dafür. Aber ärgerlich und verstimmt war er. Er meinte, es wäre des Schirmes halber. „Wie ungeschickt!" dachte er. „Wie unvorsichtig! Muß das alles so plump herauskommen! Und die gute Frau reimt sich natürlich alles aufs ordinärste zusammen. Weil Oberländer schon vorige Woche abgereist ist, muß die kleine Clauß am Sonntag zu ihm gefahren sein, und weil es vermutlich beim Abschiede geregnet hat, borgte er ihr den Schirm. Meinen Schirm natürlich, den sie ausgerechnet im Zuge stehen läßt." Er schüttelte sich. „Die Folgerungen sind niederträchtig, gemein. Schließlich, diese Weiber! Eine ist auf die andere . . . Und es ist ja nicht wahr! Man müßte es ihr sagen. Aber wie? Man kann es nicht, ohne sie zu beleidigen", dachte er mitleidig. Er tröstete sich. „Vielleicht gibt's der Zufall." . . . Es war noch am Vormittag, als er diese Unterredung hatte, aber der Tag war ihm verdorben. Er war ärgerlich und verstimmt: Konnte diese dumme Frau nicht ihren Teufelsquark für sich behalten? —

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19171012010/fragment/page=0002

Die 1. Ergänzung des Besoldungsgesetzes wird angenommen.

Die Besprechung der

Interpellation betreffend das Vereins- und Versammlungsrecht

wird forgesetzt.

Abg. **Müller-Meiningen** (F. Vpt.): Die willkürliche Handhabung der Zensur hat eine unerträgliche Atmosphäre geschaffen. Die Handhabung des Belagerungsgesetzes ruiniert die Volksstimmung. Die früheren guten Beziehungen zwischen den Generalkommandos und den Gewerkschaften sind schlechter geworden. Die Pazifistenversammlungen werden verboten. Die Zensur arbeite sogar auf dem Gebiete der Wissenschaft und der Fachliteratur und schädigt so den Buchhandel und die Valuta. Wir verlangen Aufklarung über den Etat.

Staatssekretär **Dr. Helfferich:** Der Reichskanzler und der Kriegsminister haben keinen Zweifel gelassen, daß sie die amtliche Begünstigung einer Partei nicht billigen. Der Vorredner besprach die Vorwürfe bestimmter Stellen, der Reichstag hätte seine Schuldigkeit vor dem Kriege nicht getan. Ich stellte fest, daß der Reichstag voll allen Militärvorlagen zugestimmt hat.

Unterstaatssekretär **Dr. Wallraf:** Unzweifelhaft bilden persönliche Freiheit, Unverletzlichkeit der Wohnung, ordentlicher Gerichtsstand, Vereins- und Versammlungsrecht und Pressefreiheit die Grundlagen der staatsbürgerlichen Freiheit. Ungewöhnliche Verhältnisse und die Not der Zeit, wie sie seit drei Jahren bestehen, bedingen aber zeitweise die Aufhebung dieser Rechte. In einer Zeit, in der wir einer Welt von Feinden gegenüberstehen, gilt als oberstes Gesetz die Gesunderhaltung des Volkskörpers.

Oberst **v. Wrisberg:** Wir geben zu, daß von Seiten des Kriegsamtes viele Fehler gemacht worden sind und daß das ganze Bestreben des Amtes sein muß, diese Fehler in Zukunft zu vermeiden.

Abg. **Roesicke** (Konf.): Auch meine Parteifreunde leiden unter dem Versammlungsverbot schwer. Völlige Beseitigung der Zensur ist unmöglich, Einschränkungen sind allerdings erforderlich. Der Resolution des Ausschusses können wir nicht zustimmen.

Abg. **Ickler** (Natl.): Engherzige bürokratische Handhabung der Zensur sollte nicht Platz greifen. Das Recht, Lohnforderungne geltend zu machen, darf dem Arbeiter nicht verwehrt werden. Streiks dürfen natürlich nicht gestattet werden. (Sehr richtig). Wir fordern ein einheitliches Arbeiterrecht.

Abg. **Mumm** (D. Fr.): Aus der Rede des Kriegsministers sprach der Geist der Unparteilichkeit. Zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern muß Wahrhaftigkeit eintreten.

Abg. **Dittmann** (U. S.): Auf diesem Gebiet eine Friedensatmosphäre zu schaffen, ist erst möglich, wenn der Belagerungszustand aufhört. Zu der Verhängung der Schutzhaft kommt neuerdings die Verweigerung der Entschädigungen für unschuldig erlittene Schutzhaft.

Oberst **v. Wrisberg:** In den letzten Wochen sind 251 Leute in die Heimat entlassen worden. Die Schutzhaft wird nicht grundlos, zum mindesten nicht ohne vorherige Verwarnung verhängt.

Abg. **Pospiech** (Pole): Durch polizeiliche Schikane lassen wir uns von unserem Tun nicht abbringen.

Abg. **Hauß** (Elf.): Das neue Schutzhaftgesetz hat vielfach gut gewirkt, aber viele Elsaß-Lothringer harren noch ihrer Erlösung. Die Elsaß-Lothringer haben sich von jeher loyal benommen. Elsaß-Lothringen wird vielfach als Feindesland angesehen.

Oberst **v. Wrisberg:** Manchmal gebietet die vaterländische Pflicht, unbeirrt vorzugehen.

Abg. **Heine** (Soz.): Die untergeordneten Stellen tanzen der Kommandogewalt auf der Nase herum, das nennt man dann militärische Disziplin. Unter den unsinnigsten Begründungen werden Aeußerungen verboten, namentlich in Elsaß-Lothringen. In einem Mahnwort wendet sich Generalfeldmarschall v. Hindenburg an das Volk zum Kampfe gegen die wenigen „Flauen". Das sind wir im Reichstag. Die Größe des Generalfeldmarschalls hindert mich nicht, ihm zu sagen: Ihre Sache ist Fechten, mischen Sie sich nicht in die Politik. Der Abdruck vernünftiger englischer Artikel wird verboten, damit das Volk nicht erfährt, daß es auch in England vernünftige Menschen gibt, die den Haßgesang nicht rechtfertigen. Wir müssen uns schämen über solche Zustände der Zensur.

Präsident **Dr. Kaempf:** Der Abg. Heine hat gesagt, Generalfeldmarschall v. Hindenburg solle sich nicht in die Politik einmischen und nicht schwätzen. (Pfuirufe rechts). Wir verehren im Generalfeldmarschall v. Hindenburg, im ganzen deutschen Volke aus vollen Herzen den großen Mann, von dem der Kaiser gesagt hat, daß er der Nationalheros des deutschen Volkes geworden ist. Für ihn ist das Wort schwätzen eine Herabwürdigung. (Lebhaftes Bravo). Ich rufe den Abg. Heine nachträglich zur Ordnung. (Lebhafter Beifall, Bravo, Unruhe).

Unterstaatssekretär **Dr. Wallraf:** Ich bin der felsenfesten Ueberzeugung, daß die Worte des Generalfeldmarschalls den Weg zum Herzen des deutschen Volkes finden. (Beifall). Die englischen Arbeiter beschweren sich bitter, über die Handhabung der dortigen Zensur, ebenso ist es auch in Italien.

Abg. **Riezer** (Natl.): Wir wünschen nicht, daß im Wege der Militärverwaltungspraxis ein Stein nach dem andern aus dem Schutzhaftgesetz abgetragen wird. Gegebenenfalls werden wir ein dahingehendes Initiativgesetz einbringen.

Abg. **Fehrenbach** (Ztr.): Auch ein Mann von der ungeheuren Stellung des Generalfeldmarschalls v Hindenburg muß sich die Kritik gefallen lassen, wenn er den Reichstag kritisiert. Wenn auf die Anschuldigung eines zum Tode verurteilten Menschen über 80 Personen in Schutzhaft gehalten werden, so ist das entsetzlich.

Oberst **v. Wrisberg:** Es befindet sich niemand mehr von den 80 Personen in Schutzhaft.

Abg. **Gothein** (F. Vpt.): Die Regierung mag bedenken, daß der Wind sät, Sturm erntet.

Abg. Graf **Westarp** (Konf.): Mit seiner Aeußerung hat der Abg. Heine den Generalfeldmarschall nicht beleidigt, dazu steht dieser viel zu hoch, verletzt hat er aber uns und das ganze deutsche Volk.

Abg. **Heine** (Soz.): Ich habe mich allerdings im Ausdruck vergriffen, eine Verletzung des Generalfeldmarschalls lag mir fern.

Damit schließt die Aussprache.

Die vorliegende Resolution wird in ihrem ersten Teile, alsbaldige Beseitigung der Zensur, abgelehnt, im übrigen angenommen.

Die Interpellation über Wirtschaftsverhältnisse des Mittelstandes wird später beantwortet werden.

Das Haus erledigt hierauf ohne erhebliche Aussprache den Rest der Tagesordnung.

Präsident Dr. Kaempf entbietet in seinem Schlußworte allen Truppen den Gruß des Reichstags und ruft dem deutschen Volke zu: „Nicht die Nerven verlieren!"

Nächste Sitzung am 5. Dezember 1917. (Schluß nach 8 Uhr.)

Deutsches Reich.

Schutz für Mutter und Kind.

Der Reichstagsausschuß für Bevölkerungspolitik hat den zweiten Teilbericht, Abschnitt „Schutz für Mutter und Kind", seines Arbeitsplanes soeben erstattet. Die Anträge des Ausschusses zerfallen in drei Gruppen: A. Arbeiterschutz während der Kriegszeit. B. Schutz von Mutter und Kind. C. Schutz der unehelichen Kinder.

A. Durch bundesrätliche und kriegsamtliche Verordnungen soll einheitlich für das Reichsgebiet baldmöglichst folgendes Mindestmaß von Arbeiterschutz für weibliche und jugendliche Arbeiter während der Kriegszeit zur Einhaltung vorgeschrieben werden:

1. bei regelmäßigem Tag- und Nachtbetrieb in der Regel die Achtstundenschicht, bei den übrigen Betrieben in der Regel die Zehnstundenschicht;

2. mindestens jeden zweiten Sonntag völlige Ruhezeit;

3. Wöchnerinnenschutz während zehn Wochen, von denen bis zu drei Wochen vor der Niederkunft liegen können, unter entsprechender Ausdehnung der Reichswochenhilfe;

4. besondere Schutzvorschriften für die Beschäftigung mit giftigen und explosiven Stoffen; Ausnahmen im Rahmen vorstehender Beschränkungen sind nur für einzelne Betriebe zulässig; dabei sind besondere Bedingungen bezüglich der Arbeitsstunden und Pausen, der Sonntags- und Nachtarbeit, der Ueberstunden, der Unfallverhütung, der Einrichtung von Umkleide- und Waschräumen, der tunlichsten Trennung der Geschlechter, der Aufenthalts- und Eßräume vorzusehen, wie die Gefahren für Gesundheit und Sittlichkeit möglichst zu verhüten;

5. daß das Hausarbeitgesetz vom 20. Dezember 1911 und seine Fachausschüsse für Lohnschutz zur schleunigen Durchführung gelangen;

6. daß die Wiederherstellung einer ausreichenden Gewerbeaufsicht und der berufsgenossenschaftlichen Unfallaufsicht so rasch als möglich erfolgt; insbesondere herbeiführen zu wollen, daß die im militärischen Dienst befindlichen Gewerbeinspektoren ihrem Amt zur Verfügung gestellt werden, daß die Zahl der Aufsichtsbeamten systematisch vermehrt, besonders auch weibliche Beamte und Arbeiter in höherer Zahl angestellt werden, und daß eine angemessene Zahl hygienisch vorgebildeter Beamten bei der Anstellung Berücksichtigung findet, sowie daß für die so ausgebaute Gewerbeaufsicht eine ausreichende Mitwirkung bei der Organisation der kriegsamtlichen Stellen für den vaterländischen Hilfsdienst gesichert wird.

B. Durch einheitliches und durchgreifendes Vorgehen aller beteiligten Verwaltungsbehörden zu veranlassen:

1. daß in alle behördlichen Lieferungsverträge „anständige Lohnklauseln" namentlich für weibliche Arbeit aufgenommen werden,

2. daß die im Kriege zwischen den Unternehmer- und Arbeiterorganisationen entstandenen Arbeitsgemeinschaften und Schlichtungskommissionen sowie der tarifliche Frauenschutz beibehalten und ausgebaut werden,

3. daß die Beratungsstellen für Säuglingsfürsorge, Schulkinderpflege und Kinderhortwesen erweitert und finanziell besser ausgestattet, Kinderkrippen, Kindegärten usw., das Aufsichtswesen für Privatpflegestellen, Kinderheime usw. ausgestaltet werden.

C. Zur besseren Ausgestaltung des Schutzes der unehelichen Kinder werden eine Reihe von Maßregeln beantragt, u. a. soll bei Bemessung der Höhe der Unterhaltspflicht der Stand des Vaters berücksichtigt, die Unterhaltspflicht bis zum 18. Lebensjahr des Kindes erstreckt, die Bestrafung unehelicher Väter, die sich der Unterhaltspflicht entziehen, wirksamer gestaltet, die Kindesannahme erleichtert, die Einrichtung der Generalvormundschaft ausgebaut werden.

Halle und Umgebung.

Halle, den 12 Oktober 1917.

Keine Frachtstückgut-Annahme am 12. und 13. d. M.

Die Güterabfertigungsstelle, Delitzscher Straße, teilt uns mit: Wie durch Aushang an den Güterabfertigungsstellen bekanntgegeben ist, wird am 12. und 13. Oktober die Annahme von Frachtstückgut eingestellt, um Wagen zur Beförderung von Lebensmitteln zu gewinnen.

Die Kriegsprimanerfrage

scheint jetzt, schreibt uns Amtsanwaltschaftsrat **Liedtke**, Magdeburg, in eine neue Entwicklungsphase eintreten zu sollen. Zwischen den deutschen Bundesstaaten ist, wie wir kürzlich mitteilten, eine Verständigung dahin erzielt worden, daß in Zukunft Reifezeugnisse auch den in das Heer eintretenden Primanern nur auf Grund einer Prüfung erteilt werden sollen. Daraufhin ersuchten wir den Reichskanzler, auch für die Vergangenheit eine gleichmäßige Behandlung der Kriegsprimaner im ganzen Reich herbeizuführen. Nach seiner Antwort vom 2. d. Mts. hat das Reichsamt des Innern zwar unsere Ausführungen nochmals einer eingehenden Prüfung unterzogen, sieht sich aber „leider außerstande, in der Angelegenheit etwas anderes zu veranlassen". Es soll also bei der zwiespältigen Behandlung der Kriegsprimaner bleiben. Die süddeutschen von 1914 und 1915 haben das Reifezeugnis ohne Besuch der Prima und ohne Prüfung erhalten, die norddeutschen, die 4 Monate in Prima gesessen, sollen nach dem Kriege nochmals sechs Monate die Schule besuchen und dann die Reifeprüfung ablegen! Man sucht den Kriegern zwar die Sache möglichst zu erleichtern, hat wohl auch erkannt, daß ein nochmaliger Schulbesuch nach vielleicht vierjähriger Kriegsunterbrechung die Teilnehmer der Sonderkurse kaum in ihrem Wissen fördern kann, aber man kommt über die preußische Instruktion vom 25. Juni 1812 (!) nicht hinweg, die die Entlassungsprüfung (übrigens nach 2jährigem Besuch der Prima, darunter mindestens ein halbes Jahr in Oberprima) vorschreibt. Allzu groß ist die Zahl der ungeprüften Kriegsprimaner nicht mehr. Wer irgend Urlaub erhalten konnte, hat sich in den vergangenen Kriegsjahren der Notreifeprüfung unterzogen. — Nun will man sicherem Vernehmen nach Kommissionen bilden, die an die Front gehen und dort den jungen Leuten, die durch Bescheinigung des nächsten Vorgesetzten nachweisen, daß sie sich vorbereitet haben, die Prüfung abnehmen sollen. — „In Preußen besteht einmal das Gesetz, daß die Prüfung gemacht werden muß, daran ist nichts zu ändern!", meinte der vortragende Rat im Kultusministerium, den ein Kriegsprimanervater kürzlich seines Sohnes wegen aufsuchte. Ist die alte Instruktion aus der napoleonischen Zeit aufhebungsbedürftig? Statt dessen Frontreisen und Frontprüfungen? Was werden das wohl für Prüfungen sein im Bannkreise des Geschützdonners? Inter arma silent leges, musae, instructiones. Können sich unsere Flandernhelden wohl auf die Schulprüfung vorbereiten? Und die im Flugzeug und im U-Boot fahren? Und wer bescheinigt das? Ist wirklich nur die Form maßgebend, nicht die Sache?

Hoffentlich wird sich der Reichstag der alten Krieger, die man mit der Schulbank verschonen soll, annehmen.

Verband deutscher Schlosser-Innungen.

Unter dem Vorsitz des Schlosser-Obermeisters **Thalheim**-Leipzig fand am Mittwoch in **Leipzig** im Krystallpalast ein außerordentlicher Verbandstag der Schlossermeister statt, zu dem Innungsvertreter aus allen Teilen Deutschlands erschienen waren. Der Syndikus des Verbandes der Metallindustriellen im Bezirk Leipzig, Rechtsanwalt Dr. Kretzschmar, sprach über: „Die Wirkung des Hilfsdienstgesetzes auf die Schlossereibetriebe und die Stilllegung und Zusammenlegung von Betrieben". Von Vertretern des Kriegsamtes wurde die Erklärung abgegeben, daß zur Beunruhigung für irgendwelche schädigende Maßnahmen für die Schlossereibetriebe kein Grund vorliege. Es entspann sich eine längere Aussprache, worauf folgende Entschließung einstimmig angenommen wurde:

1. Vertreter der Schlosser-Innungen ganz Deutschlands, die in Leipzig zu einem außerordentlichen Verbandstag versammelt sind, versichern ihre Bereitwilligkeit, fürs Vaterland auch weiterhin jedes notwendige Opfer zu bringen.

2. Sie weisen aber andererseits nachdrücklich auf die ernsten und schwerwiegenden Bedenken hin, die dagegen sprechen, in größerem Umfange Schlossereien still- oder zusammenzulegen, oder Schlossermeister zum Hilfsdienst einzuziehen.

3. Soweit Zusammenlegungen und Stillegungen sowie Einziehungen zum Hilfsdienst gleichwohl nicht zu umgehen sind, sollten vorher die Berufsorganisationen (Innungen, Gewerbe- bezw. Handwerkskammer) gehört und es sollte Gelegenheit gegeben werden, die Zusammenlegungen usw. im Wege der Selbstverwaltung vorzunehmen.

4. Es erscheint notwendig, daß den Inhabern stillgelegter Betriebe durch eine finanzielle Beihilfe die Möglichkeit geschaffen wird, unmittelbar nach Kriegsende den Betrieb zu eröffnen."

Deutsche Schwesternspende.

Am Sonntag und Montag, den 21. und 22. Oktober, werden allenthalben Sammlungen zugunsten der deutschen Schwesternspende veranstaltet. Bei uns haben die Vaterländischen Frauenvereine Halle und Halle-Saalkreis, sowie der Flottenbund deutscher Frauen die Sache in die Hand genommen, die außerdem durch sämtliche Banken, die Sparkassen und die Zeitungsgeschäftsstellen weiter gefördert wird. Wohl jeder bei uns weiß, in welch umfassender und fürsorglicher Weise hunderttausende von Schwestern, Hilfsschwestern und Helferinnen sich unserer feldgrauen Helden, der Verwundeten, Kranken und Erschöpften, angenommen haben; mit welcher Sorgfalt und Liebe sie bemüht waren, ihnen helfend und tröstend, beratend und rettend zur Seite zu stehen. In geradezu glänzender Weise haben sie dadurch in unseren Helden das Heimatgefühl immer wieder gestärkt, das das Vertrauen und den Mut zu den gewaltigen Taten festigte, durch die es seither gelang, dem Vaterlande die vielfältigen Greuel und Schrecken der zerstörenden und vernichtenden Kriegsfurie fern zu halten. Sie haben sich dabei auch als Heldinnen erwiesen, deren Taten zwar mehr im stillen geschahen, deren Erfolge aber immer deutlicher zu uns sprechen, die auch von allen, die sich der gütigen und uneigennützigen Pflege und Sorgfalt der Schwestern erfreuen konnten, allezeit dankbar mit warmen Herzen anerkannt werden. Nunmehr gilt es, auch ihnen weithin erkennbaren Dank zu bekunden. Bei der langen Dauer des Krieges haben auch sie, die allzeit Hilfsbereiten, zu einem großen Teil selber schwere Schädigungen an ihrer Gesundheit und auch solche wirtschaftlicher Art erlitten, da ihnen inzwischen vielfach die Grundlage der ferneren Existenz verloren ging. Das Vaterland schuldet aber auch ihnen heißen Dank und daher ist es ein Gebot der Pflicht, ihrer mit einer großen allgemeinen Tat zu gedenken, ihnen durch die „Deutsche Schwesternspende" die sorgenvollen Gedanken um der Zukunft willen zu verscheuchen, ihr stilles Heldentum gewissermaßen zu krönen und so auch ihre Opferfreude und Tatkraft aufs neue zu stärken. Die „Deutsche Schwesternspende" verfolgt einen so edlen Zweck, daß sie der regsten Unterstützung allerseits sicher sein darf, insbesondere auch seitens derer, die sich daheim ruhiger Erwerbstätigkeit widmen konnten. Ihnen allen gilt daher heute der ernste Mahnruf: Gedenkt der Deutschen Schwesternspende!

Sammelt Akazienſamen zur Oelgewinnung! Die Akazienſamen sind jetzt reif. Das aus Akazienſamen gewonnene Oel wird für unsere Margarinegewinnung benötigt. Darum sammle jeder! Jede Obstkernsammelstelle nimmt Akazienſamen entgegen und vergütet 70 Pfennige pro Kilo. In den Landkreisen sind die Akazienſamen den Kreissammelstellen zuzuführen.

Militärische Personalveränderungen. Zu Lts. d. Ref. sind befördert die Vizefeldwebel **Ronnenberg** (Halberstadt), **Maß** (Neuhaldensleben), Otto **Franke** (Aschersleben), **Heutmann** (Aschersleben), **Ebermann** (Halberstadt), **Kratsch** (Weißenfels), Werner **Müller** (Dessau), **Prehl** (Altenburg), **König** (Neuhaldensleben), **Beierlein** (Altenburg), **Emersleben** (Magdeburg), die Vizewachtm. **Pampa** (Halle), Johannes **Windler** (Weißenfels), Georg **Schmidt** (Dessau), **Thronicke** (Halle); zum Lt. d. Landw. ernannt der Feldw.-Lt. **Gantz** (Weißenfels), der Charakter als Lt. verliehen dem Vizewachtm. **Tetzner** (Eisleben).

Provinzial-Nachrichten.

Die Leipziger Bäcker-Innung über die Ursachen des schlechten Brotes.

⇕ **Leipzig,** 11. Okt. Die Bäcker-Zwangsinnung Leipzig veröffentlicht folgende allgemein interessierende Erklärung: „Die Innung kann dem vom Rat der Stadt Leipzig gekennzeichneten Standpunkt, daß an dem schlechten Brot in Leipzig die durch Bundesratsverordnung beseitigte **Nachtarbeit** die Schuld trage und damit die **Sauerführung** dadurch gefährdet sei, nicht beitreten. Es ist wohl möglich, **ein gutes bekömmliches Brot herzustellen, trotz des Verbots der Nachtarbeit.** Wenn der Grundsauer abends 7 Uhr ganz kühl und fest angesetzt wird, kann früh 7 Uhr direkt auf Grundsauer Teig gemacht werden. Wir sind bereit, zu beweisen, daß dieses Brot weder sauren Geschmack, noch sonst welchen Fehler aufzuweisen hat. Das bisherige schlechte Brot war nur eine **Folge des**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19171012010/fragment/page=0003
DFG

minderwertigen Mehle, die den Bäckern geliefert wurden. Die Klagen über schlechtes Brot sind fast ganz verstummt, seit die die Beschaffenheit des Brotes verschlechternden Nachmehle nicht mehr geliefert werden. Die eingangs genannte Behauptung ist aufgestellt vom Verband der Brotfabrikanten, um mit Hilfe dieser Behauptung die für sie gewinnbringende Nachtarbeit wieder frei zu bekommen. Gegen solche Bestrebungen werden wir uns mit allem Nachdruck wenden. Das einzige Gute, was der Krieg dem schwer um seine Existenz kämpfenden Bäckergewerbe gebracht hat, — die Tagesbäckerei — bei welcher wir auch als Mensch zu leben in der Lage sind, werden wir uns durch solche unhaltbare Behauptungen nicht ohne weiteres entwinden lassen. Wir werden, wenn uns einwandfreies Mehl geliefert wird, auch wenn es zu 94 Prozent ausgemahlen ist, der Bevölkerung Leipzigs ein gutes, bekömmliches Brot liefern, auch ohne Nachtarbeit."

---

s. **Ammendorf**, 11. Okt. (Aus der Bronzekeit.) Durch den in Nr. 461 der Saale-Zeitung erwähnten Schatzfund von 120 Bronzebeilen bei Ammendorf ist der Beweis erbracht, daß schon in der ältesten Bronzezeit welsche Händler ihre Auslandsware hier im Herzen Deutschlands feilboten. Ebenfalls bei Ammendorf in der Nähe des Bahnhofs legte im Jahre 1901 der Drogist Paul Berger aus Merseburg, jetzt Konservator im Provinzialmuseum zu Halle, eine Bronzewerkstatt frei. Die alten Deutschen hatten also gelernt, ihre Bronzegeräte selbst herzustellen. War nämlich ein solches schadhaft geworden, dann legte man es zwischen zwei weiche Tonplatten, die man fest aufeinanderpreßte. Wieder auseinandergenommen und nach Entfernung des Modells getrocknet, dienten die von neuem zusammengepaßten Platten als zweiteilige Gießform. Zerbrochene Bronzegegenstände wurden hierauf geschmolzen und das flüssige Metall in den Hohlraum der Form gegossen. Herr Berger fand hier Gußformen zu Halsringen und Gewandnadeln, in denen teilweise der Bronzekern noch enthalten war.

Beesenlaublingen, 11. Okt. (Die Zuckerrübenernte) liefert mittlere Erträge. Das Herausholen ist schwierig, da die Erde sehr trocken ist.

✧ **Klosterlausnitz**, 9. Okt. (Brand eines Sägewerks.) Das am Bahnhof gelegene, mit allen Neuerungen der Technik ausgestattete Dampfsäge- und Hobelwerk der Firma A. W. Prüfer & Söhne ist von einem verheerenden Schadenfeuer heimgesucht worden. Als die Feuerwehren erschienen, war das Dach bereits eingestürzt; zu retten war von ihr nichts mehr, so daß sie mit sämtlichen Maschinen und vielem versandfertigen Holz ein Raub der Flammen wurde. Ein Glück war es, daß Windstille herrschte und es zuvor geregnet hatte, sonst hätte ein Holzlager- und ein Feldbrand mit unabsehbaren Folgen entstehen können. Wenn auch durch Versicherung gedeckt, entsteht der Firma, welche mit Heeresaufträgen versehen ist, ein bedeutender Schaden. Kessel- und Maschinenhaus sind noch betriebsfähig, so daß die Arbeit in Kürze wird wieder aufgenommen werden können. Wie der „Bote aus dem Westkreis" schreibt, liegt Brandstiftung vor.

Freyburg, 11. Okt. (Unfall.) Der 67jährige Landwirt Leopold Hartung in Steinbach fiel infolge Scheuwerdens der Pferde vom Wagen und geriet unter die Räder. Er erlitt dadurch schweren Schaden, daß ihm der Brustkorb eingedrückt wurde.

×× **Lauche**, 11. Okt. (Verschiedenes.) Oberleutnant d. R. Graf Adelbert von der Schulenburg auf Burgscheidungen wurde zum Ehrenritter des Johanniterordens ernannt. — Der hiesige Magistrat besorgte für die minderbemittelte Bevölkerung einige Zentner frische Wurst, wo das Pfund für 1,60 Mark verkauft wurde.

Artern, 11. Okt. (Rübentransport.) Als die neue Kleinbahn Artern—Kelbra erbaut werden sollte, wurde in den Verhandlungen die Bezeichnung „Rübenbahn" immer hervorgehoben. Die Bahn war im vorigen Jahre so spät betriebsfertig, daß die Bezeichnung nicht mehr zur Geltung kommen konnte. Anders in diesem Jahre. Mit jedem Zuge kommen von oben 5—6 Loren Rüben mit nach hier, während als Rückfracht wieder Schnitzel geladen sind. Da nun nebenher auch die anderen Frachten befördert werden müssen, so ist der Betrieb bei den nur 2 Pendelzügen ein sehr reger.

— **Frankenhausen**, 9. Okt. (Ausschreibung der 1. Bürgermeisterstelle.) Die seit dem 5. Dezember 1915 erledigte Stelle des Ersten Bürgermeisters hiesiger Stadt ist jetzt zur baldigen Neubesetzung ausgeschrieben. Das ruhegehaltsberechtigte Gehalt beträgt jährlich 4400 Mark und steigt bis zum Höchstbetrag von 5300 Mark. Ueber der Wahl eines 1. Bürgermeisters unserer Stadt waltete in den letzten Jahren ein eigenartiger Unstern. Nachdem die Wiederwahl des bisherigen Stelleninhabers, der zwölf Jahre in unserem Orte gewirkt hat, die Bestätigung der Fürstl. Regierung zu Rudolstadt nicht gefunden hatte, die zweite Wahl eine Entscheidung nicht brachte und endlich bei der dritten Wahl in der Person des Bürgermeisters aus Baldenburg das künftige Stadthaupt erkoren war, hatte dieser die Annahme der Wahl abgelehnt, weil er als Bürgermeister der Stadt Dramburg gewählt und bald darauf bestätigt worden war. Die Bürger sollen nun erneut an die Wahlurne treten.

Halberstadt, 11. Okt. (Eine behördliche Ferkelversteigerung.) Zum Viehmarkt waren neben Futterschweinen von 2 Händlern aus Croppenstedt und Langenweddingen auch Ferkel aufgetrieben, für die sie höhere als Händlerpreise forderten. Die Gewerbepolizei machte die Händler darauf aufmerksam, daß sie für Ferkel unter 15 Kilogramm für das Pfund nur 1,50 Mk. fordern dürften und nicht Preise bis zu 60 Mark für das Stück, wie sie verlangten. Die Händler gingen nicht auf niedrigere Preise ein, so daß die Polizei zur Beschlagnahme aller 48 aufgetriebenen Ferkel schreiten mußte. Wachtmeister Liermann bestieg eine Holzkiste und bot die Tiere zum Höchstpreis aus. Binnen 5 Minuten waren alle Tiere losgeschlagen.

Gotha, 11. Okt. (Oberbürgermeister Liebetrau) konnte gestern auf seine 25jährige Zugehörigkeit zum gothaischen und gemeinschaftlichen Landtag des Herzogtums Koburg-Gotha zurückblicken, deren Präsidentschaft er seit nahezu zwei Dezennien führt.

Eisenach, 9. Okt. (Die Jahrhundertfeier des Burschenschaftsfestes) auf der Wartburg (18. Okt. 1817) wird nun nicht in der bislang geplanten Weise durch ein mehrtägiges Erinnerungsfest der gesamten deutschen Burschenschaft in Eisenach auf der Wartburg und dem Wartenberge (den beiden Schauplätzen des idealen Freiheitsfestes vor 100 Jahren) gefeiert werden. Wie die Eisenacher „Tagespost" meldet, hat man nach längeren Verhandlungen in Rücksicht auf die Kriegsverhältnisse und die größtenteils im Felde stehenden jüngeren und älteren Burschenschafter sich entschlossen, die gemeinsame Feier abzusagen. Es werden also nur örtliche Erinnerungsakte begangen werden. Die Thüringer Burschenschaft allein wird sich am 18. Oktober in der Wartburgstadt zusammenfinden und am Burschenschaftsdenkmal des Tages in einer Feier gedenken.

* **Dresden**, 10. Okt. (Die Stadtverordneten) beschlossen die Erhöhung des Gaspreises um 5 bezw. 6 Pfg. pro Kubikmeter. Der Bürgermeister Dr. Kretzschmar teilte mit, daß die Kriegsausgaben Dresdens bis Ende September etwa 100 Mill. Mk. betrügen. Im nächsten Jahre mache sich eine neue Steuererhöhung um etwa 15 Proz. erforderlich. Auch müßte der Elektrizitätspreis erhöht werden. Ueber den Stand der Kohlenversorgung Dresdens teilte der Stadtbaurat Fleck mit, daß 90 000 Tonnen Kohle vorhanden seien, daß aber bis Ende Oktober 363 000 Tonnen gebraucht würden. Schließlich wurden noch angesichts der finanziellen Lage der Stadt gegen lebhaften Widerspruch 75 000 Mark für Dresdens Patenstadt Darkehmen beschlossen.

Vermischtes.

Schloß Niederschönhausen gefährdet. Der ehemalige Wohnsitz der Gemahlin Friedrichs des Großen, Schloß Niederschönhausen, wird seit Jahren nicht mehr benutzt und geht allmählich seinem Untergang entgegen. Decken und Wände werden durch Balken und Streben gestützt, um ihren Einsturz zu verhüten. Das Schloß stammt aus dem Jahre 1662. Sein erster Besitzer war ein Graf Dohna, von diesem erwarb es der Geheime Kabinettsrat v. Grumbkow, welcher es 1691 an den Kurfürsten Friedrich III. weiterverkaufte. 1704 wurde das Schloß von Eosander Freiherrn v. Goethe vollständig umgebaut. Auf Wunsch der Gemahlin Friedrichs des Großen wurde das Schloß 1740 abermals umgebaut und im Jahre 1763 erhielt es seine heutige Gestalt.

Wie Behörden Papier sparen. Man schreibt der „Vossischen Zeitung": Ich wurde vor einigen Tagen als Sachverständiger in einem Prozeß vernommen und mit der Ausarbeitung eines schriftlichen Gutachtens betraut. Unter dieses Gutachten schrieb ich: „Meine Forderung für meine Tätigkeit ist . . . M." Darauf wurde mir zunächst mündlich bedeutet, daß dies nicht zulässig sei, ich müsse meine Forderung auf zwei getrennten Bogen einreichen. Zwei Tage darauf erhielt ich von der Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts nochmals eine schriftliche Aufforderung desselben Inhalts. Für diese Kleinigkeit wurden also drei Briefe verbraucht."

Der Erbfehler der Luxemburgerin. Ein in der Altonaer Straße in Hamburg wohnender Geschäftsmann wurde zur Fahne einberufen. Er übergab seiner Haushälterin den gesamten Hausstand mit der Weisung, ihn in seinem Sinne weiter zu führen. Jetzt ist der Mann auf Urlaub nach Hause gekommen. Er fand seine Wohnung verwüstet vor, alle Sachen waren zerschlagen, sein Sparkassenbuch über 1200 Mark gestohlen, und als er sich auf der Sparkasse erkundigte, erfuhr er, daß das ganze Geld abgehoben war. Zufällig traf er die vertrauenswürdige Haushälterin auf der Straße und ließ sie verhaften. Es wurde festgestellt, daß die Frau mit einem andern Soldaten in der Wohnung ihres Dienstherrn Verlobung gefeiert hatte. In der ausgelassenen Stimmung, in der sich die Gesellschaft befand, hatte sie die Möbilien zerschlagen. Im Besitz der Verhafteten wurden noch 1,26 Mark vorgefunden. In 14 Tagen hat sie die 1200 Mark verjuxt, wie sie bei ihrer Vernehmung im Stadthause humoristisch erklärte, infolge eines Erbfehlers, denn sie sei Luxemburgerin und der Graf von Luxemburg habe auch kein ganzes Geld verjuxt.

Das Strumpflager auf dem Polizeipräsidium. Das Zimmer Nr. 82a des Berliner Polizeipräsidiums ist augenblicklich in ein großes Wollwaren- und Trikotagenlager umgewandelt worden. Ein schwunghafter Handel, besonders mit Strümpfen, die, wie bekannt, auch bezugsscheinpflichtig sind, erregte die Aufmerksamkeit von Beamten. Sie gingen den Spuren nach und fanden in der Wohnung einer Händlerin in der Kleinen Andreasstraße nicht weniger als 1500 Dutzend Strümpfe, dazu noch viele wollene Handschuhe, die zum Teil noch die Auszeichnungen tragen. Sämtliche Waren wurden beschlagnahmt und nach dem Polizeipräsidium gebracht. Das Lager ist so groß, wie man es heute wohl kaum im Besitz eines Waren- oder Kaufhauses findet. Die Händlerin, die mit Bündeln von Kneipe zu Kneipe zog, behauptet, daß sie die Sachen im Jahre 1914 als Partiewaren erworben habe. Wahrscheinlich stammen die Sachen aus noch nicht aufgedeckten Hausdiebstählen in Warenhäusern. Die Eigentümer können sich auf dem Präsidium melden.

Papiergeld als patriotisches Werbemittel. Die Bank von Frankreich hat soeben neue Zwanzigfrankscheine in den Verkehr gebracht, die dem Zweck dienen sollen, durch ihren Bildschmuck die Erinnerung an die große Vergangenheit ständig wach zu erhalten. Man hat deshalb auf das übliche banale Figurenwerk der Symbole von Industrie und Handel verzichtet und statt dessen als Bildschmuck den Scheinen das Medaillenbild Bayards mit der den Ritter kennzeichnenden Inschrift „Ohne Furcht und ohne Tadel" aufgedruckt. Die Bank von Frankreich beabsichtigt damit bei jung und alt, das Gedächtnis an den volkstümlichsten Vertreter der Ritterlichkeit aufzufrischen, der Ritterlichkeit, die den Franzosen von heute leider verloren gegangen ist. Uebrigens will man auf dem hier beschriebenen Wege nicht stehen bleiben, sondern es wird in der Pariser Presse der Wunsch ausgedrückt, die neue Hundertfranknote, entsprechend ihrem höheren Wertbetrage, durch das Bild der französischen Nationalheldin, der Jungfrau von Orleans, zu schmücken.

Letzte Depeschen.

Der Ministerwechsel in Schweden.

Ein Liberaler mit der Kabinettsbildung betraut.

WTB. **Stockholm**, 11. Oktober. Der König beauftragte mit der Kabinettsbildung den Landeshauptmann Wallenberg, Präsident der zweiten Kammer, der seiner politischen Anschauung nach den gemäßigten Liberalen angehört.

Vom russischen Vorparlament.

WTB. **Petersburg**, 10. Okt. (P. T.-A.) Laut Blättermeldungen verteilen sich die 120 Sitze des Vorparlaments, die den Nichtsozialisten zustehen, folgendermaßen:

Kadetten 64, Partei für Handel und Industrie 34, Ausschuß der Moskauer Politiker 15, Grundbesitzer 7. Das Vorparlament wird die Sitzungen erst aufnehmen, nachdem diese 120 Mitglieder gewählt sind. —

Nachdem lange keine Nachrichten mehr aus Taschkent eingetroffen waren, sind jetzt einige Mitteilungen eingetroffen, aus denen hervorgeht, daß die Lage dort immer noch beunruhigend ist und der Ausstand der Arbeiter fortdauert. Die Strafabteilung des Generals Korowniischenko ist noch nicht in die Stadt gekommen.

Herzog Philipp von Württemberg †.

WTB. **Stuttgart**, 11. Okt. Herzog Philipp von Württemberg, das älteste Mitglied des königlichen Hauses, ist in seinem 79. Lebensjahre nach längerem Leiden heute mittag gegen 1 Uhr gestorben.

(Letzte Depeschen siehe auch Seite 1.)

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 11. Oktober. Bei ruhigem Verkehr blieb die Grundstimmung fest, wobei die vorliegenden neuen großen U-Boot-Erfolge einen besonderen Rückhalt boten. Auf dem Montanmarkt konnten die Hauptwerte beste gestrige Tageskurse aufrecht erhalten, so insbesondere Phönix. Von oberschlesischen Werten waren Oberbedarf und namentlich Bismarckhütte in Frage, letztere haben sich auf den bevorstehenden Dividendenabschlag. Ferner kamen in Begehr Mannesmannröhren, Menden & Schwerte, Hoesch, Halper, Georgs-Marien-Bergwerk, Buderus und von Kaliaktien wiederum Heldburg.

Im Gebiete der Rüstungspapiere ging es still zu. Festigkeit bekundeten nur Köln-Rottweiler Pulver, während Deutsche Waffen, Rheinmetall und verwandte Werte zur Schwäche neigten. Benz lagen etwas fester. Von Maschinenwerten erzielten Flöther wesentlich höhere Kurse, ferner waren höher Bamag, Schwarzkopff, Luther, Deutsche Gußstahlkugel. Von Elektropapieren sind als fest zu erwähnen A. E. G. Schuckert, Akkumulatorenfabrik, während Hackethal schwächer wurden. Auch Weser waren abgeschwächt; ferner Thörls Oelfabrik.

Kaufinteresse erhielt sich auch heute für Werte der chemischen Industrie, in erster Linie Anilinfabriken, von denen Badische einen neuen höchstkurs erreichten; auch Berlin-Treptow, Höchster Farben erzielen weitere Kursfestschritte, ferner Weiler-ter-Meer und Schering; Deutsche Erdöl gingen zu anziehendem Kurse um. Für Hannoversche Straßenbahn wurden ebenfalls höhere Preise angelegt, wobei von in Aussicht stehenden Tarifserhöhungen die Rede war. Schiffahrtsaktien brökelten ab, besonders Hansa.

Unter den von Wien beeinflußten Werten sind Orientbahnen und Türkische Tabak als fest hervorzuheben. Kredit und Franzosen eher schwächer. Fest schließen von industriellen Werten noch besonders Deutsche Kali, Deutsche Petroleum, Troitzsch Kunstanstalten; von Brauereien Engelhardt weiter begehrt und höher, auch Schultheiß und Patenhofer fest.

Tägliches Geld 4 Proz., Privatdiskont 4⅝ Proz. und darunter.

Die Devisenkurse bleiben unverändert.

Getreide.

Berlin, 11. Oktober. Im Warenverkehr wurde mit Befriedigung hervorgehoben, daß der Regen der letzten Tage den jungen Saaten die erwünschte Feuchtigkeit gebracht hat und für die Aufnahme der Rüben den harten Boden aufgeweicht hat. Wünschenswert wäre für die im Zuge befindliche Kartoffelernte, daß die wiedereingetretene Witterung von Dauer ist. Der empfindlich andauernde Mangel in Heu, Stroh und Häcksel hat die Nachfrage nach Heidekraut weiter beträchtlich gesteigert. Starker Begehr herrscht nach wie vor für Rüben jeglicher Art. In getrocknetem Kartoffelkraut lag einiges Angebot vor Ablieferung an die Bezugsvereinigung vor.

Patzenhofer übernimmt die Berliner Bockbrauerei. Unter Mitwirkung der Nationalbank für Deutschland vereinbarten vorbehaltlich der Genehmigung der Generalversammlungen die Brauerei-Gesellschaft Friedrichshöhe vormals Patzenhofer und die Berliner Bockbrauerei, daß das Vermögen der Bockbrauerei als Ganzes unter Ausschluß der Liquidation auf die Patzenhofer Brauerei übergeht. Auf den Nennbetrag einer Bockaktie entfällt der halbe Nennwert einer neuen Patzenhofer Aktie mit Dividendenberechtigung vom 1. Oktober 1917 ab. Den Aktionären der Bockbrauerei sollen ferner 20 Prozent in bar und weitere 5 Proz. als Dividende für 1916/17 vergütet werden.

Bedeutende neue Ausdehnungen des Petschek-Konzerns. Aus Berlin wird berichtet: „Dem Braunkohlenindustriellen Ignatz Petschek in Aussig ist es gelungen, unter den Augen der Regierung und deutschen Braunkohlenindustrie, die wiederholt die Hilfe des Handelsministers gegen den ungeheuren Ausdehnungsdrang Petschecks angerufen hat, seinen Besitz an Braunkohlenfeldern in der letzten Zeit wesentlich zu erhöhen. Die vorgenommenen Käufe sind teilweise durch die von ihm abhängigen Werke, durch Mittelspersonen oder auch direkt getätigt worden. So haben z. B. die „Eintracht" Braunkohlenwerke und Brikettfabriken in Neu-Welsow die Gräflich Oppersdorfer Felder bei Praschmar erworben. Die Niederlausitzer Braunkohlenwerke haben die Felder Fischer-Brochow gekauft, die mit der Grube Viktoria III. marksscheiden. Auf diese Felder hat übrigens auch die Ilse Bergbau-Akt.-Ges. seit Jahren reflektiert. Das Ankaufsobjekt beträgt über 10 Mill. Mk. Ferner hat der Petschek-Konzern die Grube Erla und Brikettfabrik, die letzte Außenseiterin im Niederlausitzer Braunkohlenbezirk, erworben. Schließlich steht der Petschek-Konzern auch noch in Unterhandlungen wegen Uebernahme bedeutender Braunkohlengruben im südlichen Braunkohlenrevier. Die Motivpläne, die Petschek in der deutschen Braunkohlenindustrie anstrebt, sind durch die jetzigen Erweiterungen der Verwirklichung näher gerückt."

Die neuen Mahllöhne der Reichsgetreidestelle legen in Abweichung von der letzten Skala, die mit Prozenten der Höchstbeschäftigungsziffer rechnete, das Verhältnis zur täglichen Friedensvermahlung zu Grunde. Gemeinsam ist trotzdem der alten und neuen Mahllohnskala, daß die Löhne nach Größenklassen und nach dem prozentualen Beschäftigungsgrade gestaffelt bleiben. Die Friedensvermahlungsmengen sind in acht Stufen zwischen 1 bis 49 To. und 350 To. und mehr eingeteilt und der Beschäftigungsgrad in fünf Stufen von 100 bis 81 Proz. bis herab zu 50 Proz. und weniger. Danach laufen die Lohnstufen von ℳ 18 bis 11 bis hinauf zu ℳ 18 bis 21. Dem Außenstehenden ist aus der Skala, wie die „Allgemeine Deutsche Mühlenzeitung" verzeichnet, noch bevor sie den Müllern zugegangen ist, kein Urteil möglich. Eine Mühle von 100 bis 149 To. Friedensdurchschnitt erhält zum Beispiel bei voller Beschäftigung ℳ 16, bei 80 bis 61 Proz. Beschäftigung ℳ 18, bei 60 bis 51 Proz. ℳ 21, bei 50 bis 41 Proz. ℳ 24, bei 40 Proz. und weniger Beschäftigung ℳ 27. Bei Mahllohnaufschlägen für 94 Proz. erhöhen sich die Sätze um 2 ℳ, bei Schrotaufträgen ermäßigen sie sich um 2 ℳ. Wird eine Mühle mit über 100 bis 150 Proz. ihrer Durchschnitts-Friedensvermahlung beschäftigt, so ermäßigt sich der Mahllohn um 1 ℳ für die Tonne, steigert sich die Beschäftigung über 150 Prozent hinaus, so ermäßigt sich der Mahllohn um eine weitere Mark für die Tonne.

Gelsenkirchener Gußstahl- und Eisenwerke. Der Jahresabschluß der Gelsenkirchener Gußstahl- und Eisenwerke ergibt nach Abzug der Unkosten einen Gewinn von 9 003 902 (i. V. 5 501 241) Mark und nach Abzug der Abschreibungen von 3 981 251 (i. V. 2 902 519) Mark einen Reingewinn von 5 022 650 (i. V. 3 498 722) Mark. Der Aufsichtsrat schlägt eine Dividende von 25 % (wie i. V.) auf das erhöhte Aktienkapital vor. Auf neue Rechnung sollen 526 912 (i. V. 445 437) Mark vorgetragen werden.

Sächsische Gußstahlfabrik in Döhlen. In der Aufsichtsratssitzung gelangte der Abschluß für das Geschäftsjahr 1916/17 zur Vorlage. Er ergibt einschließlich des vorjährigen, 2 156 643 Mk. betragenden Gewinnvortrages nach 1 914 671 (2 810 782) Mark Abschreibungen einen Reingewinn von 9 356 684 (i. V. 6 574 936) Mark. Der Generalversammlung soll vorgeschlagen werden, eine Dividende von 30 Prozent (wie i. V.) auf die Aktien zu verteilen. Auf neue Rechnung sollen 3 434 479 Mk. vorgetragen werden.

Wasserstände.

(+ bedeutet über — unter Null.

Elbe (11. Oktober.

Aussig	−0,60	Kostritz	+0,16
Dresden	−1,92	Barby	+0,26
Torgau	—	Schönebeck	+0,05
Wittenberg	+—	Magdeburg	+0,30

Verantwortlich für den politischen Teil: Siegfried Dyck; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; Feuilleton, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Hugo Franke. Druck und Verlag von Otto Hendel, Sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19171012010/fragment/page=0004

Schulbesuch für alle Provinzen einheitlich regle. Für die Provinz Sachsen kommen die Vorschriften des Allgemeinen Landrechts in Betracht, welches u. a. in §§ 46, 11, 12 ff. vorschreibe, daß jeder, der Kinder zur Schule schicken müsse, bis sie die einem jeden vernünftigen Menschen seines Standes nötigen Kenntnisse nach dem Befunde des Schulinspektors erworben haben, wie das Gesetz vom 11. März 1872 abändernd vorschreibe. Eltern seien durch Schulversäumnisstrafen zur Erfüllung ihrer Pflicht anzuhalten und haben ihre Kinder solange in die Schule zu senden, bis der Schulinspektor seine Erlaubnis zur Entlassung des Kindes gebe. Die Konfirmation sei auf die Entlassung der Kinder aus der Schule ohne Einfluß.

Konzert im Mozartsaal.

Ein neuer Stern ging auf im Mozartsaal: Gertrud Trenktrog. Sie erregte schon im vorigen Jahre Aufsehen am Flügel, aber jetzt stellte sich die junge Künstlerin als reife Persönlichkeit von Bedeutung vor: Schuberts B-Dur-Sonate wurde von ihr in des Wortes wahrem Sinne gemeistert. Zeigte doch der Anschlag allen wünschenswerten Nüancenreichtum, während die Töne bestens gebunden sowie die Themen klar herausgearbeitet wurden und die Tempi den Willen des Tondichters ehrten. Künstlerisch beherrscht, bahnte sich ferner das echte Gefühl allenthalben vollen Lauf, und so schuf Gertrud Trenktrog im Verein mit der mühelosen Beherrschung aller technischen Schwierigkeiten Schuberts Werk aus sich selbst heraus zu einem verinnerlichten Ganzen von durchschlagender Wirkung, die sich bei dem sehr zahlreichen Publikum mehr in Ergriffenheit als in äußerem Beifall kundgab. Denselben tiefen Eindruck erzielte R. Strauß' „Träumerei“ op. 9 Nr. 4, weil Gertrud Trenktrog mit wenigen Takten tatsächlich Traumstimmung durch den vornehmen, geschmackvollen Mozartsaal verbreitete. Bedarf es angesichts derartiger Talentbeweise überhaupt noch der Versicherung, daß die Künstlerin Schumanns Romanze op. 28 Nr. 1 ganz in Romantik tauchte, aber auch Brahmsscher Kunst (Intermezzo op. 117 Nr. 1 nebst Rhapsodie op. 119 Nr. 4) durchaus gerecht wurde?

Zwischen den Instrumentaltaten waltete Frau Regierungsrat Dr. Wolff der Kunst des Gesanges. Sie begann ebenfalls mit Schubert. „Gott im Frühling, Lachen und Weinen, Gretchen am Spinnrad, Im Haine, auch Haidenröslein“ kamen zu Gehör und ließen einen angenehmen, in der Mittellage noch nicht immer ganz rein intonierenden, in der Höhe aber sicheren, schönen Sopran erkennen. Gestützt auf guten Atem, ist er wohl recht entwickelungsfähig, zumal die Stimmung (Gretchen am Spinnrad!) gut getroffen wurde und später in den Brahmsliedern „Am Sonntag Morgen, An eine Aeolsharfe, Salamander, Alte Liebe, Dort in den Weiden“ das gleiche Eindringen in den musikalischen Geist der Werke zutage trat; nur bedarf die Textaussprache viel größerer Deutlichkeit. An dem reichen Beifall aber, den die Sängerin fand, gebührt Frau Dr. Münter für ihre vortreffliche Begleitung berechtigter Anteil. Dr. B.

Ackerverpachtung des Bundes zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft.

Herr Universitätsprofessor Dr. Abderhalden schreibt: Der Acker am Grünen Weg ist eingeteilt und kann von den Kleinpächtern sofort in Besitz genommen werden. Die einzelnen Parzellen sind mit Tafeln versehen, auf denen Nummern stehen. Die auf der roten Ausweiskarte befindliche Nummer ist maßgebend. Die Kleinpächter werden ersucht, sich sofort auf den Acker zu begeben und die der Ausweiskartennummer entsprechende Parzelle durch Einschlagen von mit ihrem Namen versehenen Holzstäben abzugrenzen. Die noch nicht eingeteilten Aecker — Rosengarten, Delitzscher Straße — werden in diesen Tagen auch fertig.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Elektrizität.

Ueber dieses Thema sprach Herr Universitätsprofessor Dr. Karl Schmidt Donnerstag abend in den Thaliasälen zur Eröffnung der Vortragsreihe des Bundes zur Mehrung und Erhaltung der deutschen Volkskraft. Im Verlaufe seines fesselnden, an Einzelheiten reichen Vortrages gab Redner einen Ueberblick über die großartige Entwicklung der Elektro-Technik in den letzten Jahrzehnten im Hinblick auf die Zunahme der in der Elektro-Industrie festgelegten menschlichen Arbeitskraft, des Kapitals und des Anteils an Ein- und Ausfuhr. Die deutsche Elektro-Industrie marschiert auch heute noch, trotz des Krieges, an der Spitze. Unser modernes Kulturleben wäre ohne Zuhilfenahme der elektrischen Energie gar nicht denkbar, sowohl im Haushalt als in der Industrie, auch jetzt im Kriege zu Lande und zu Wasser. Die Verwendung der elektrischen Energie bietet mancherlei Vorteile. Sie beruhen in der Anpassungsfähigkeit der Elektrizität, die in Pferdestärken von 0,01 bis 20 000 verwertet werden kann, ferner darin, daß elektrische Kraft in den Akkumulatoren aufgespeichert, daß sie über große Strecken fortgeleitet werden kann und endlich darin, daß der Wirkungsgrad der elektrischen Energie unvergleichlich höher ist als der jeder andern Kraft. Zur Erzeugung elektrischer Energie wird neuerdings die Wasserkraft mehr und mehr benutzt, könnte aber in allen Ländern in noch weit höherem Maße ausgebeutet werden. An der Hand eines reichen Zahlenmaterials und unterstützt durch vorzügliche Lichtbilder, gab der Redner ein anschauliches Bild von dem hohen Stande unserer elektroindustriellen Einrichtungen

Der gut gefüllte Saal spendete ihm reichen Beifall.

Auf die 7. Kriegsanleihe sind bei der städtischen Sparkasse bis 10. Oktober in 1492 Posten 8 652 800 M. gezeichnet.

Auf die 7. Kriegsanleihe sind bei der städtischen Sparkasse bis 11. Oktober in 1606 Posten 8 716 300 Mark gezeichnet.

Die Wegelin & Hübner, Maschinenfabrik und Eisengießerei Aktiengesellschaft, Halle, zeichneten zur 7. Kriegsanleihe wiederum 500 000 Mark.

Deutscher Privat-Beamten-Verein. In der letzten Sitzung des Aufsichtsrates des Deutschen Privat-Beamten-Vereins (Sitz Magdeburg) gelangte folgende Entschließung zur Annahme: „Der Aufsichtsrat des Deutschen Privat-Beamten-Vereins tritt für die Aufrechterhaltung der reichsgesetzlichen Angestelltenversicherung ein, da ihre Auflösung unter Verschmelzung mit der Invaliden-Versicherung wesentliche Nachteile für die versicherten Angestellten mit sich bringen würde. Die Angestellten-Versicherung ist auf die besonderen Verhältnisse und Bedürfnisse der Privatbeamtenschaft zugeschnitten, die heute in der gleichen Weise wie bei Erlaß des Gesetzes vorliegen und heute eher einen Ausbau als einen Abbau des Gesetzes erfordern. Eine Gefährdung des sozialen Friedens ist mit der Aufrechterhaltung der Angestellten-Versicherung nicht verbunden. Dagegen wird der Deutsche Privat-Beamten-Verein an einer Reform der Angestellten-Versicherung zwecks Vermeidung unnötiger Verwaltungskosten, Vermeidung unnötiger Reibungen mit der Invalidenversicherung und Steigerung der Versicherungsleistungen gern mitarbeiten.“ Die diesjährige Hauptversammlung des Deutschen Privat-Beamten-Vereins wird am 21. Oktober in Braunschweig stattfinden und in erster Linie über ein sozialpolitisches Programm des Vereins und eine neue Satzung Beschluß zu fassen haben.

Der Christliche Verein Junger Männer Geiststr. 29, hat am Sonntag ½4 Uhr Preisschießen, Spielen im Garten und gesellige Vereinigung der Jugendabteilung. — ½6 Uhr ist Lichtbildervortrag von Herrn Univ.-Professor Dr. Haecker über „Menschliche Rassen und Mischrassen“. Eintritt 10 Pf. Jeder junge Mann ist willkommen.

Todessturz vom Wagen. Ein 13jähriger Knabe stürzte auf einem Grundstück in der Freiimfelder Straße von einem beladenen Wagen und zog sich eine Schädelquetschung zu, an deren Folgen er kurz darauf verstarb. Die Leiche wurde nach dem Südfriedhof gebracht.

Gestohlen wurden: am 30. 9. ein neuer hellgrauer Sommerüberzieher mit hellseidenem Futter und Büffelhornknöpfen, unten und an den Aermeln 5 Steppnähte; vom 6. 9. bis 1. 10. ein silberner Kinderlöffel, gez. „Günther“; 5 silberne Eierlöffel, gez. „L. B 1. 1. 95“, die Buchstaben im Monogramm; 3 silberne Eß- und ein silberner Kinderlöffel, gez. „1. 6. 93“ und vermutlich auch „L. B.“ im Monogramm; ein goldenes sechsteiliges Medaillon mit schwarzen Deckplatten; am 28. 9. ein Herrenfahrrad, Marke und Nummer unbekannt, schwarzer Rahmen, gelbe Felgen, nach oben gebogene Lenkstange, schwarze Korkgriffe mit schwarzer Horneinfassung, Zackenpedale mit Gummieinlage; vom 30. 9. zum 1. 10 zwei Treibriemen, 15 und 10 Meter lang und je 10 Ztm. breit; vom 5. zum 6. 10. eine Handtasche mit einer Garnitur Bettwäsche mit großen blauen Karos, gez. mit schwarzem Stempel „K. E. D .Halle“ und einer unleserlichen Nummer; 10. 10. ein rot-, blau-, grün- und gelbgemusterter Teppich, 2mal 3 Meter groß; eine buntgemusterte Plüschdecke von einem Liegesofa mit rotem Rande.

Von der Straße. In der Poststraße stürzte ein vor einen Wagen gespanntes Pferd. Es wurde durch die Feuerwehr wieder auf die Beine gebracht. — In der Leipziger Straße riß der Leitungsdraht der Straßenbahn. Eine Betriebsstörung trat nicht ein. — Ein Motorwagen der Stadtbahn entgleiste am Moritzzwinger, wodurch der Straßenbahnbetrieb etwa 20 Minuten gestört wurde. Eine Störung des Straßenbahnbetriebes von etwa 10 Minuten trat in der Gr. Ulrichstraße durch den Bruch eines Rades eines Kohlenfuhrwerks ein. — In einem Grundstück der Germarstraße entstand an einer neuangelegten elektrischen Lichtanlage Kurzschluß. Die herbeigerufene Feuerwehr beseitigte nach etwa einer Viertelstunde jede weitere Gefahr.

Theater, Konzerte und Vorträge.

Stadttheater. Heute, Freitag, wird „Figaros Hochzeit“ in der bekannten Besetzung wiederholt. In der am Sonntag stattfindenden Erstaufführung der komischen Oper „Giroflé-Girofla“ sind die Hauptpartien wie folgt besetzt: Giroflé-Girofla Anna Enghardt, Marasquin Adolf Harlacher, Mourzouk Paul Stampa, Boléro Adalbert Lieban, Aurora Dora Debicke, Pedro Margarete Dorp, Paquita Katharina Eichenberg. Sonnabend wird Millöckers „Bettelstudent“ gegeben. Sonntag nachm. 3½ Uhr zu ermäßigten Preisen Richard Wagners „Fliegender Holländer“ mit Fritz Kertzmann in der Titelpartie.

Schwarzkopf-Ballett. Auf das morgen, Sonnabend, in den „Thaliasälen“ stattfindende erste Gastspiel des auch in Halle so schnell beliebt gewordenen „Schwarzkopf-Balletts“ sei hiermit nochmals aufmerksam gemacht. (Siehe Anzeige.)

Norddeutscher Humor. Auf diesen interessanten Abend, der am Montag im Logensaale, Albrechtstraße, stattfindet, möchten wir nochmals empfehlend hinweisen. Den Besuchern stehen einige Stunden hehrer Kunst und reinster Freude bevor, denn der Vortragende, Hofschauspieler Professor Müller, ist ein Künstler, der schon in vielen Städten außerordentliche Erfolge geerntet hat. Das reichhaltige Programm verzeichnet Dichtungen von Fritz Reuter, Timm Kröger, Klaus Groth u. a. (Karten bei Heinrich Hothan.)

Walhallatheater. Die Erstaufführung der großen Schlagerposse „O schöne Zeit, o sel'ge Zeit“ von Dr. Bruno Decker, Musik von Walter Götze, findet heute abend statt. Die Direktion hat weder Kosten noch Mühen gescheut, um der Vorführung einen würdigen Rahmen zu verleihen. Die Inszenierung leitet Herr Direktor Alfred Dedak, den musikalischen Teil Herr Kapellmeister Hugo Schlippe. In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen Ziemann, Desdorf, Stickel, Geldner, die Herren Hardtke, Gawenda, Hofmann und Trenk. Das Stück wurde im Deutschen Theater zu Hannover bereits über 100mal gegeben; es wird dort bald die 150. Aufführung erleben. Die heutige Vorführung ist dem Nationaltag „Heimatdank“ für Varieté, Zirkus und Kabaret gewidmet. Die gesamte Eintrittseinnahme wird zur 7. Kriegsanleihe angelegt und dem wohltätigen Fonds übermittelt, weshalb die Direktion nochmals um recht zahlreichen Besuch bittet.

Herrnfeld-Gastspiel und „Nationaltag der deutschen Varietés“ im Apollotheater. Heute, Freitag, findet die Erstaufführung der Separee-Affäre in 2 Akten von Donat und Anton Herrnfeld „Hardenbergstraße 129“ statt. Das Stück wurde im Herrnfeld-Theater zu Berlin über 500mal gegeben und erzielte allabendlich ungeheuren Heiterkeitserfolg. Gleichzeitig findet an diesem Tage die Wohltätigkeitsvorstellung der deutschen Varietés und Zirkusse statt. Der „Varieté-Theater-Direktoren-Verband“ und die „Int. Artisten-Loge“ verbinden mit ihrer Hilfsaktion für die Varietékünstler eine vaterländische Tat, indem sämtliche Erträgnisse dieses Tages, der heute in Form einer besonderen Veranstaltung in allen deutschen Varietés, Zirkussen und Kabarets begangen wird, auf die 7. Kriegsanleihe gezeichnet werden. Die Direktionen führen die ganze Billetteinnahme dem „Heimatdank“ zu, während die am Varieté tätigen Schauspieler und Artisten ihrerseits am 12. Oktober auf ihre bekanntlich oft sehr erheblichen Tagesgagen verzichten. Wir möchten hierbei nicht verschweigen, daß sich die Künstler der Varietés im Laufe des Krieges zahllose Male bei Wohltätigkeitsvorstellungen in den Dienst der guten Sache gestellt haben. Die Direktoren gewährten im weitgehendsten Maße den beurlaubten und in den Lazaretten befindlichen feldgrauen Kriegern freien Eintritt in ihre Theater, Zirkusse und Kabarets. Wo immer die Künstler zur Beteiligung an Wohltätigkeitsveranstaltungen aller Erwerbsstände aufgefordert wurden, da waren sie ausnahmslos bereit, freudig und gerne mitzuwirken. Jetzt, wo sie sich zusammengetan, um den eigenen Kameraden zu helfen, wird es dem großen Publikum gewiß eine Ehrenpflicht sein, an Gemeinsinn nicht hinter ihnen zurückzustehen.

Mitteldeutsche Privat-Bank, Aktiengesellschaft Filiale Halle a. S. | Poststrasse 12. Fernsprecher Nr. 1382, 1383, 1692.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Für die Prüfung von Fleischbeschauern, welche im November d. J. in Halle a. S. abzuhalten ist, habe ich Termin auf Donnerstag, den 15. November 1917, nachmittags 3½ Uhr anberaumt.

Zur Prüfung dürfen nach § 3 der Prüfungsvorschriften nur zugelassen werden männliche Bewerber, die 1. das 23. Lebensjahr vollendet und das 50. Lebensjahr noch nicht überschritten haben; 2. körperlich tauglich, insbesondere im Vollbesitze ihrer Sinne sind; 3. mindestens vier Wochen lang einen theoretischen und praktischen Unterricht in der Schlachtvieh- und Fleischbeschau in einem der Schlachthöfe zu Halle a. S., Eisleben, Weißenfels oder Naumburg a. S. genossen haben.

Ausnahmsweise dürfen Bewerber zugelassen werden, welche das 23. Lebensjahr noch nicht vollendet oder das 50. Lebensjahr bereits überschritten haben.

Die Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind in Halle a. S., Weißenfels, Zeitz und Eisleben durch die Polizei-Verwaltungen, im übrigen durch die Landräte an den Vorsitzenden der Prüfungskommission zu richten.

Merseburg, den 3. Oktober 1917.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachung.

In letzter Zeit sind innerhalb des Korpsbezirks Gummipilot-Ballone und Gummizeitungs-Ballone niedergegangen, die von unsern Feinden aufgelassen sind. Für die Heeresleitung sind solche Gegenstände äußerst wertvoll. Die Bevölkerung wird deshalb aufgefordert, solche Gegenstände alsbald nach ihrem Auffinden dem stellvertretenden Generalkommando IV. Armeekorps in Magdeburg zu übersenden, auch dann, wenn sie mit einem Zettel „Deutscher Ballon, kann vernichtet werden“ versehen sind, unter kurzer Angabe der Fundstelle und etwaiger besonderer Umstände der Auffindung. Wenn möglich ist die Windrichtung anzugeben, bei der der Ballon niederging.

Entstehende Unkosten werden ersetzt.

Magdeburg, den 9. Oktober 1917.

Der stellvertretende kommandierende General:
Freiherr von Lyncker,
General der Infanterie,
à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2.

Bekanntmachung.

Die Räude bei dem Pferde der Obsthändlerin Frau Martha Stoye hier, Mansfelder Straße 45, ist erloschen. Die Schutzmaßregeln sind aufgehoben worden.

Halle, den 10. Oktober 1917. Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.

Der Kaufmann Valentin Seybicke in Halle, Magdeburger Straße 3, ist durch rechtskräftiges Urteil des Königl. Schöffengerichts hier vom 27. Juni 1917 wegen des Vergehens gegen die Höchstpreisgesetze, zu einer Geldstrafe von fünfzig Mark oder zu einer Gefängnisstrafe von zehn Tagen kostenpflichtig verurteilt worden.

Halle, den 9. Oktober 1917.

Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.

Gegen die Handelsfrau Klara Brothe geb. Ritter in Halle, Meckelstraße 7, ist durch rechtskräftigen Strafbefehl des Königl. Amtsgerichts hier vom 5. September 1917, wegen Verweigerung der Abgabe von Mohrrüben, eine Geldstrafe von sechs Mark oder zwei Tagen Haft festgesetzt worden.

Halle, den 9. Oktober 1917.

Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.

Der Kaufmann Paul Henze aus Halle, Königstr. 91, ist durch vollstreckbares Urteil des Königl. Amtsgerichts in Halle vom 12. Juli 1917, wegen übermäßiger Preissteigerung, zu einer Geldstrafe von 30 Mk. evtl. 6 Tagen Gefängnis verurteilt.

Halle, den 9. Oktober 1917. Die Polizeiverwaltung.

Unterricht

Dr. Harang's Anstalt,
Halle S., Robert-Franz-Str. 1.
besteht seit 53 Jahren. — Seit 1900 bestanden 934 Schüler. Das sind jährlich 56, nämlich: 136 Abitur., 165 Ober- u. Unterprim., 175 Ober- u. Untersekund., 368 Einjährige und 90 für V—II. — Seit Kriegsbeginn best. 122 Schüler, darunter 61 Einjährige. Schulbeginn 4. Okt. Schülerheim — Bericht. — Fernruf 1115.

Lehrkursus zur Selbstanfertigung v. Hausschuhen
im Saale des Gemeindehauses Albrechtstraße 27,
am 15. und 16. Oktober sowie
am 19. und 20. Oktober 1917
Vormittagskurse v. 9—12, Nachmittagskurse v. 3—5, Abendkurse von 7—10 Uhr.
Teilnehmerkarten zu 2 Mk. sind zu haben im Nationalen Frauendienst, Burgstraße 45, von 9—1 Uhr und außer Mittwoch und Sonnabend auch von 4—6 Uhr, und bei Frl. Cramer, Weidenplan 18, jederzeit. Nationaler Frauendienst.

Knabenanzüge werden angef. auch v. altem Stoff. Beesenerstr. 90, II r.

Herren-Wäsche
Kragen, Servileurs, Manschetten, Oberhemden, Krawatten, Strümpfe, Hosenträger in allen Preislagen gut und billig bei
H. Elkan, Leipziger Straße 87.

Hutfassons und garnierte Hüte
in Plüsch, Samt, Velour und Filz, in wirklich schöner Auswahl, zu vorteilhaften Preisen,
Regenkappen × Seidenkappen × Wachstuchhüte preiswert.
Im Kaufhaus H. Elkan.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19171012010/fragment/page=0005